



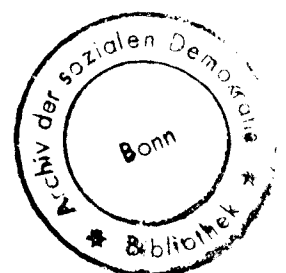
SPD
Weiter
arbeiten am
Modell
Deutschland

2946

Regierungsprogramm
1976-80

Regierungsprogramm 1976-80

**Beschluß des Außerordentlichen Parteitag
in Dortmund
18./19. Juni 1976**



C 2946

Inhalt

Seite

9	1. Einleitung
13	2. Für sichere Arbeitsplätze und eine leistungsfähige Volkswirtschaft
13	2.1 Arbeit für alle
13	2.2 Wir haben die Weltwirtschaftskrise gut gemeistert
14	10 Beispiele für unsere wirtschaftliche Spitzenstellung und die Erfolge unserer Politik
18	2.3 Die Sicherung der Arbeitsplätze ist unser oberstes Ziel
18	(1) Aktive, stabilitätsorientierte Konjunktur- und Beschäftigungspolitik
19	(2) Sichere Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche
20	(3) Modernisierung der Volkswirtschaft
20	3. Soziale Sicherheit und persönliche Freiheit durch Solidarität
20	3.1 Für den Sozialstaat – gegen die Ellbogen-Gesellschaft
21	3.2 Unsere soziale Ordnung ist einzigartig in der Welt
22	Unsere wichtigsten sozialen Leistungen, die beispielhaft sind:
22	– Handfeste Verbesserungen für alle Arbeiter und Angestellten
22	– Für die Selbständigen
23	– Für Landwirte
23	– Leistungen für unsere Jugendlichen
23	– Für die Familien
23	– Für die älteren Mitbürger und Kriegsoffer
24	– Für Behinderte
24	– Für alle Bürger, die auf soziale Hilfen angewiesen sind
24	3.3 Jetzt das Erreichte sichern und das Netz sozialer Sicherung noch dichter machen
24	(1) Wir sichern das Erreichte
25	(2) Wir werden die soziale Ordnung gerechter und das Netz sozialer Sicherung noch dichter machen

27 **4. Stetige Reformen für ein modernes Deutschland**

27 4.1 Wer unser Land voranbringen will, muß Mut zu stetigen Verbesserungen haben

28 4.2 Seit 1969 ist Deutschland moderner geworden

28 Unsere wichtigsten Reformleistungen:

28 – Für ein humanes und zeitgemäßes Recht

29 – In der Bildungspolitik

30 – In der Gesundheitspolitik

30 – Für humane Arbeitsplätze

30 – In der Wohnungs- und Städtebaupolitik

31 – In der Sportpolitik

31 – Für Verkehrssicherheit und den Ausbau der Verkehrswege

31 – Für Verbraucher und Sparer

32 – Für den Schutz der Umwelt

32 4.3 Es ist noch vieles zu leisten

32 – Bildungspolitik für die Mehrheit

34 – Erhaltung und Erneuerung der Städte und des ländlichen Raumes

35 – Ein gerechteres und wirtschaftliches Gesundheitssystem

36 – Öffentliche Verwaltung und öffentlicher Dienst

37 – Umweltschutz

37 – Verkehrs- und Kommunikationssystem

37 – Sportförderung

38 – Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt

38 **5. Den Rechtsstaat bewahren und ausbauen**

38 5.1 Innere Freiheit und innere Sicherheit gehören zusammen

39 5.2 Leistungen für die innere Sicherheit

39 5.3 Innere Sicherheit – kein Thema für Angst- und Panikmache

40 **6. Öffentliche Finanzen**

40 6.1 Gerechte Steuern und solide Finanzierung der öffentlichen Leistungen für den Bürger

41 6.2 Unsere Finanzpolitik hat sich bewährt

42 6.3 Sozialdemokratische Finanzpolitik – damit die öffentlichen Leistungen für den Bürger gesichert werden und die Vollbeschäftigung erreicht wird

43	7. Europapolitik
43	7.1 Die deutschen Sozialdemokraten haben in Europa eine besondere Verpflichtung
43	7.2 Unsere Leistungen für den Aufbau und die Festigung der Europäischen Gemeinschaft
44	7.3 Unser Programm für Europa
45	8. Für eine Politik der aktiven Friedenssicherung und Verständigung
45	8.1 Zur Politik der Friedenssicherung gibt es keine Alternative
46	8.2 Unsere Sicherheit und der Frieden sind gestärkt worden
47	8.3 Sicherheit und Wohl unseres Landes verlangen, die aktive Friedenssicherung fortzusetzen
47	(1) Festigung des Zusammenhalts zwischen den Staaten des Atlantischen Bündnisses und die Erhaltung ihrer Verteidigungsfähigkeit
48	(2) Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt und der Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa
49	9. Deutschland- und Berlinpolitik
49	9.1 Wir bekennen uns zur Verantwortung vor der gesamten Nation
50	9.2 Erfolge, die sich für jeden Deutschen auszahlen
51	9.3 Die Politik der Normalisierung muß trotz aller Schwierigkeiten weitergehen
52	10. Weiterarbeiten am Modell Deutschland
54	Sachregister

1.

Seit 1966 stehen Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung. Seit 1969 stellen wir den Bundeskanzler und regieren als größerer Partner der sozialliberalen Koalition.

Sozialdemokraten in der Verantwortung haben seither, aufbauend auf der Leistung jedes einzelnen Bürgers, ein Deutschland geschaffen, das vielen Menschen als nachahmenswertes Modell gilt. Wir alle können stolz sein auf unser Land, den Aufbau unseres Staates, die erworbene Achtung und Freundschaft in der Welt.

Die Sozialdemokraten haben sich vorgenommen, dieses Deutschland weiter zu bauen, es nach innen zu festigen und nach außen als aktive Kraft für den Weltfrieden einzusetzen.

Am 3. Oktober entscheiden die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, ob wir Sozialdemokraten weiter arbeiten können oder ob Stillstand und Rückschritt die Politik bestimmen sollen.

In fünf wichtigen Bereichen ist unser Land zu einem Modell geworden:

(1) Aktive Friedenssicherung und erfolgreiche Verständigungspolitik

Es ist die historische Leistung der beiden sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt, daß Deutschland heute international mit Friedenssicherung in einem Atemzug genannt wird. Sie haben unserem Land neue Freunde in aller Welt gewonnen.

Sozialdemokraten haben trotz großer Schwierigkeiten den Frieden in Europa sicherer gemacht – gerade auch durch Verträge. Wir haben damit gleichzeitig einer weiteren gegenseitigen Entfremdung der Deutschen in Ost und West entgegengewirkt.

Sozialdemokraten gehen davon aus, daß die Balance der militärischen Kräfte zwischen Ost und West für die Sicherung des Friedens grundlegend ist. Durch eine überzeugende Verteidigungspolitik im Bündnis trägt deshalb die Bundesrepublik Deutschland zur Erhaltung dieses Gleichgewichts wesentlich bei.

Wir Sozialdemokraten stellen uns der Verantwortung, die der Bundesrepublik als einer der größten Wirtschaftsmächte zuwächst, um den Wohlstand der Völker, ihre Beschäftigung und ihre wirtschaftliche Stabilität zu fördern und dabei besonders den Entwicklungsländern zu helfen. Für Sozialdemokraten endet Solidarität nicht an den nationalen Grenzen.

Die Opposition setzt die Erfolge unserer Versöhnungspolitik und damit Deutschlands Ansehen in der Welt aufs Spiel. Sie riskiert damit die Sicherheit in Europa, weil sie Deutschland außenpolitisch isolieren würde.

Wir Sozialdemokraten sichern den Frieden durch eigenes Handeln.

(2) Hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Die hohe Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und ihrer Unternehmen hat der Bundesrepublik Deutschland einen internationalen Spitzenplatz und unserem Volk einen hohen Lebensstandard eingebracht. Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften haben dazu als drängende und zugleich stabilisierende Kraft entscheidend beigetragen. Für die Leistungsfähigkeit und Anpassungsbereitschaft unserer Wirtschaft haben Selbständige eine wichtige Funktion.

Mit den Auswirkungen der größten Weltwirtschaftskrise seit den 30er Jahren sind wir in unserem Land weit besser fertig geworden als die meisten anderen Industriestaaten. Das war nur möglich, weil die Bundesregierung zusammen mit der Bundesbank eine konsequente Stabilitätspolitik durchgeführt hat; vor allem durch die Abkehr von weltweit festgeschriebenen Wechselkursen konnte eine expansive, aber verant-

wortungsbewußte Finanzpolitik betrieben und eine Reihe von Konjunkturförderungsprogrammen verwirklicht werden. Die Mehrheit des Bundestags gab dieser Politik die parlamentarische Unterstützung und ermöglichte einen weiteren Ausbau des sozialen Netzes.

Bundeskanzler Helmut Schmidt war einer der ersten Staatsmänner, der die Notwendigkeit erkannte, der weltweiten Krise durch eine international abgestimmte Wirtschafts- und Währungspolitik entgegenzutreten, und der danach gehandelt hat. Die Erfolge zeigen sich: Seit Sommer des letzten Jahres geht es wieder aufwärts.

Die CDU/CSU steht in der Wirtschaftspolitik ohne realistische Alternative da. Die CDU/CSU hat bewußt auf die wirtschaftliche Krise gesetzt, um über die Krise an die Macht zu kommen, um sodann den Arbeitnehmern die Hauptlast aufzubürden. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Man darf unseren wirtschaftlichen Aufschwung nicht an die Opposition ausliefern; denn sie hat die Politik bekämpft, die ihn herbeigeführt hat. Sie redet heute von zusätzlichen steuerlichen Erleichterungen und Subventionen für die Unternehmer. Aber Maßnahmen nach dem Gießkannenprinzip würden eine Gewinnexplosion auslösen und die Ausgewogenheit der Beteiligung der sozialen Gruppen am Gesamtertrag unserer Wirtschaft gefährden. Der soziale Friede darf nicht aufs Spiel gesetzt werden! Er ist die Grundlage der zukünftigen gesunden Entwicklung unseres Staates und der Finanzierung der sozialstaatlichen Leistungen!

Das Ziel Vollbeschäftigung wird von der Opposition nur widerwillig akzeptiert. Für uns dagegen ist Vollbeschäftigung die wichtigste Aufgabe. Denn für uns Sozialdemokraten ist Arbeit unverzichtbares Grundelement der Selbstverwirklichung des Menschen.

Wichtigste Voraussetzung für dauernde Vollbeschäftigung ist Stabilität. Deshalb hat die Bundesregierung eine konsequente Stabilitätspolitik betrieben. Sie ist die Basis unseres Wohlstandes.

(3) Unser dicht geknüpftes Netz der sozialen Sicherung verbürgt soziale Stabilität

Soziale Sicherung gewährleistet sozialen Frieden im Innern. Beides gehört zusammen. Seitdem sozialdemokratische Bundeskanzler an der Spitze der Bundesregierung stehen, halten wir unbeirrt diesen Kurs.

Unsere Bundesrepublik Deutschland hat nach unserem Grundgesetz ein demokratischer und sozialer Bundesstaat zu sein. Sozialdemokraten betrachten das nicht als eine Zustandsbeschreibung, sondern als politischen Auftrag und Ansporn.

Sozialdemokraten stehen für das dicht geknüpfte Netz sozialer Sicherung, das heute in aller Welt als vorbildlich betrachtet wird. Es garantiert unsere soziale und politische Stabilität. Mit voller Absicht hat deshalb die Bundesregierung zu Beginn der Weltwirtschaftskrise das soziale Netz dichter gemacht – z. B. durch Erhöhung des Arbeitslosengeldes, durch Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und durch das neue Kindergeld.

In der CDU/CSU-Opposition wird das System der sozialen Sicherung in Frage gestellt; dort redet man seit 15 Jahren von den „Grenzen des Sozialstaates“. Viele Bürger haben dagegen gerade in der letzten Zeit schätzensgelernt, welchen Schutz diese solidarische Sicherung verbürgt, denn soziale Sicherheit bedeutet persönliche Freiheit. Sie gewährleistet den Frieden im Innern. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, daß in das Netz sozialer Sicherung hineingeschnitten wird. Deshalb muß dieses Netz auch in Zukunft gesichert und gefestigt werden.

(4) Ohne Solidarität gibt es keine wirkliche Freiheit für den einzelnen Menschen. Wir machen damit Ernst.

Nur eine Politik der Solidarität und der Gerechtigkeit bringt jedem Bürger wirkliche Freiheit. Soziale Sicherheit geht nicht auf Kosten der Freiheit. Im Gegenteil, soziale Sicherheit schafft Freiheit für die Men-

schen. Denn Freiheit bedeutet auch Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Angst. Die Grundlagen dafür sind durch eine solidarische Sozialordnung, durch mehr Mitbestimmung und bessere Bildungschancen geschaffen; dies muß geschützt, ausgebaut und noch gerechter gemacht werden.

Soziale Sicherheit schafft persönliche Freiheit. Das Schicksal der Menschen in Deutschland, ob sie Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbständige, ob sie Ausübende freier Berufe, Jugendliche oder im Ruhestand lebende Ältere sind, hängt wesentlich ab von dem Freiheitsraum, der für sie durch soziale Sicherheit erstritten werden kann.

Wir stimmen Alt-Bundespräsident Gustav Heinemann zu: „Das Grundgesetz hat uns auf den Weg der Demokratisierung gebracht. Sie zielt im Staat, aber auch in Bereichen der Gesellschaft auf mehr Freiheit und mehr Mitbestimmung der Bürger.“

Diese Politik überwindet schrittweise die durch Herkunft und Besitz gesetzten Schranken für die persönliche Entfaltung. Wir Sozialdemokraten unterscheiden uns von anderen, die auch Demokraten, aber eben nicht Sozialdemokraten sind, darin, daß wir die gleichen staatsbürgerlichen Rechte für alle Frauen und Männer entwickeln und die gleichen sozialen Chancen für alle Frauen und Männer erkämpfen. Wir bringen Freiheit für die vielen, nicht Vorrechte für die wenigen. Darin unterscheiden sich die Sozialdemokraten von den Konservativen.

Freiheit des einzelnen gibt es nicht ohne innere Sicherheit. Deshalb bekennen wir Sozialdemokraten uns zum demokratischen Staat, der stark ist und entschlossen die Freiheit der Bürger gewährleistet.

Sozialdemokratische Staatsauffassung geht vom Dienst für den Bürger aus. Wir Sozialdemokraten wollen deshalb keinen Obrigkeitsstaat, dem die eigene Hoheit am höchsten steht; wir wollen deshalb auch keinen alles lenkenden und alles verwaltenden Staat; wir sind gegen bürokratische Ausuferungen. Sozialdemokraten machen den Staat und seine Verwaltung zum Träger öffentlicher Leistung für seine Bürger.

(5) Unsere beharrliche Politik stetiger Reformen

Sozialdemokraten haben den unter CDU/CSU-Regierungen aufgestauten Nachholbedarf an Erneuerung und Reform abgetragen und neue Aufgaben rechtzeitig angepackt. Wir haben ein modernes Deutschland geschaffen; wir waren und sind auch für schwierige Zeiten gut gerüstet. Weil wir rechtzeitig für Reformen kämpften, können heute alle sicherer leben.

Sozialdemokraten werden den begonnenen Weg der schrittweisen Verbesserungen weitergehen. Wir wissen: Reformen brauchen einen langen Atem. Die Richtung stimmt. Die von der Opposition geforderte „Tendenzwende“, den Rückschritt, gibt es nicht. Und es darf dies im Interesse unserer Bürger nicht geben.

Sozialdemokraten bahnen einen neuen Weg

Unser Modell ist eine gelungene, ausbaufähige und ausbauwürdige Alternative zum

- Kapitalismus einerseits und zum
- Kommunismus andererseits.

Die gesellschaftliche Ordnung der Gegenwart ist in allen Ländern immer noch durch den Widerspruch gekennzeichnet zwischen dem, was den Menschen wirtschaftlich, sozial, politisch und geistig möglich wäre, und dem, was sie aus diesen Möglichkeiten tatsächlich machen.

Aus der Erkenntnis dieses Widerspruchs ist die Idee des demokratischen Sozialismus geschichtlich erwachsen, aus der Möglichkeit der Auflösung dieses Widerspruchs schöpft er die Hoffnung, daß Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im gesellschaftlichen Leben mehr sind als Utopie. In Deutschland nennen sich die demokratischen Sozialisten – wie in vielen anderen Ländern auch – Sozialdemokraten.

Sozialdemokraten lassen Idee und Leistung des demokratischen Sozialismus nicht durch Gleichsetzung mit kommunistischen Systemen verunglimpfen. Wer diese Gleichsetzung vornimmt, zerstört die notwendige demokratische Übereinstimmung in unserem Land. Sozialdemokraten nehmen das Grundgesetz ganz wörtlich, das in Art. 20 gebietet: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

Sozialdemokraten kämpfen seit mehr als 100 Jahren für mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Sozialdemokratie ist und bleibt der Kern der sozialen Freiheitsbewegung in Deutschland. Seit Bestehen der Bundesrepublik – zuerst als vorwärtstreibende Opposition, dann als Regierungspartei – konnte die Sozialdemokratie unter Führung von Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer, Fritz Erler, Herbert Wehner, Willy Brandt und Helmut Schmidt diese Grundwerte auf vielen Gebieten in die Wirklichkeit umsetzen.

Bekanntnisse zu den ursprünglich sozialdemokratischen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind heute gang und gäbe, auch bei den Konservativen. Klarheit für den Bürger bringt aber erst die Konkretisierung dieser Werte und die politische Praxis einer Partei. Jeder kann an dem langen und auch mühevollen Weg der deutschen Sozialdemokraten erkennen, wie diese Partei es ernst meint mit ihren Grundwerten, wie sie ihr Handeln an ihnen orientiert.

Diesen Weg zu gehen, mehr Gerechtigkeit, mehr Freiheit durch Solidarität zu erkämpfen, wäre nicht möglich gewesen ohne die deutschen Gewerkschaften, mit denen wir Sozialdemokraten uns aus unserer Geschichte und der gemeinsamen Grundüberzeugung eng verbunden fühlen.

Mit ihnen, mit den Kirchen und mit anderen Institutionen und Organisationen sind Sozialdemokraten sich in vielen Bereichen der praktischen Politik in der Verwirklichung gemeinsamer Grundwerte einig. Wir werden auch in Zukunft weiter darauf hinwirken, daß diese wichtige Zusammenarbeit möglich bleibt.

Sozialdemokraten suchen mit Überlegung und Vorausschau ihre politischen Ziele durchzusetzen indem sie überzeugen und Vertrauen gewinnen. Nur so können verpflichtende Werte Wirklichkeit werden. Mit dem „Orientierungsrahmen 85“ haben wir Sozialdemokraten Lösungsvorschläge für den Zeitraum bis 1985 vorgelegt. Keine andere Partei der Bundesrepublik hatte bisher die Kraft, ihre längerfristigen Ziele zu formulieren.

Die Sozialdemokraten sind sich selbst treu geblieben, seit sie 1966 mit Willy Brandt und Herbert Wehner an der Spitze Regierungsverantwortung übernahmen. Der Wille zur kontinuierlichen Reform in Gesellschaft und Staat war und bleibt die tragende Kraft unseres Handelns. Seit der Übernahme der Kanzlerschaft 1969 durch Willy Brandt haben wir unseren Weg verbreitert und ausgebaut. Die Bundesregierung Helmut Schmidts arbeitet in dieser Kontinuität. Sie stützt sich dabei auf die von Herbert Wehner geführte sozialdemokratische Bundestagsfraktion, durch deren beharrliche Arbeit die großen gesetzgeberischen Leistungen ermöglicht worden sind.

Helmut Schmidt muß Kanzler bleiben

Am 3. Oktober geht es darum, daß Helmut Schmidt Bundeskanzler bleibt. Er ist einer der führenden Staatsmänner in der Welt.

Mit sicherer Hand hat er unser Land durch die weltwirtschaftliche Krise geführt. Seine Erfahrung zählt und wird sich auch in Zukunft für unser Land auszahlen.

Wir Sozialdemokraten gehen mit Zuversicht in die kommende Wahlaus-einandersetzung. Denn unsere Leistungen für die Bürger können sich sehen lassen. Tatsachen zählen. Unsere Bilanz ist positiv. Sozialdemokraten haben politische Perspektiven; dieses Regierungsprogramm 1976–1980 zeigt auf, wie wir weitergehen werden.

Unsere Bitte an alle Bürger dieses Landes: Helfen Sie mit, das Geschaffene zu erhalten, Bewährtes zu sichern und auszubauen, aufgeschlossenes Neues anzupacken! Denn vieles ist noch zu tun.

2. Für sichere Arbeitsplätze und eine leistungsfähige Volkswirtschaft

Ausreichende und zukunftssichere Arbeitsplätze bleiben vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Politik. Noch ist die durch die Weltwirtschaftskrise bedrohte Vollbeschäftigung nicht wieder erreicht. Wir werden uns nicht mit Arbeitslosigkeit abfinden. Die SPD verteidigt das Recht auf Arbeit gegenüber denen, die offen oder verdeckt behaupten, ein „gewisses Maß an Arbeitslosigkeit“ sei der wirtschaftlichen Stabilität förderlich.

Diese Grundeinstellung trennt uns von anderen politischen Kräften in unserem Land.

2.1 Arbeit für alle

Sichere und qualifizierte Arbeitsplätze für Frauen und Männer und eine leistungsfähige, stabile Volkswirtschaft sind die entscheidende Grundlage für unsere politische, soziale und kulturelle Entwicklung.

Fast alle Fortschritte für die arbeitenden Menschen mußten und müssen von Sozialdemokraten und Gewerkschaften gemeinsam gegen konservative Parteien und Verbände durchgesetzt werden.

Der Wohlstand unseres Landes wird durch unser aller Arbeit geschaffen und gesichert. Nur durch Arbeit gibt es Sicherheit für die älteren Mitbürger, Hilfen für Behinderte und Kranke und reale Chancen für nachfolgende Generationen. Eine sichere Zukunft ruht auch auf der qualifizierten Ausbildung unserer Jugend – der arbeitenden Menschen von morgen.

Für die meisten Menschen ist die tägliche Arbeit bestimmender Lebensinhalt. Wer von seiner Arbeit und dem Arbeitsertrag lebt, dessen Freiheit hängt davon ab, wie Arbeit und Arbeitsertrag gesichert sind. Gleichermäßen wichtig ist, daß die Bedingungen am Arbeitsplatz und des Arbeitslebens menschenwürdig sind. Seit 1966 arbeiten Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung im Bund für die Humanisierung der Arbeitswelt und für die Rechte der arbeitenden Menschen.

Alle Erfahrungen zeigen, daß nur sichere Arbeitsplätze und starke Arbeitnehmervertretungen die Ausschöpfung dieser Rechte garantieren.

2.2 Wir haben die Weltwirtschaftskrise gut gemeistert

Weltinflation, Weltwährungskrise, Ölschock und Weltrezession haben zur tiefsten Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren geführt. Sie hat alle erfaßt und getroffen: Industrieländer und Entwicklungsländer, Ost und West.

Durch das entschlossene Handeln von Bundeskanzler Helmut Schmidt und seiner Regierung, durch Konjunkturprogramme und Steuererleichterungen im Rahmen der Steuerreform (alles zusammen über 35 Mrd. DM seit 1974) und durch international abgestimmte Aktionen wurde die Rezession bei uns im Verlauf des Jahres 1975 aufgefangen. Inzwischen nimmt die Beschäftigung wieder deutlich zu.

Es geht wieder aufwärts. International stehen wir gut da.

10 Beispiele für unsere wirtschaftliche Spitzenstellung und die Erfolge unserer Politik

(1) Wir gehören zu den Ländern mit dem höchsten Lebensstandard in der Welt. Das **Bruttosozialprodukt** betrug 1975 je Kopf der Bevölkerung

Schweiz	21 278 DM
USA	20 630 DM
Schweden	19 304 DM
Dänemark	17 368 DM
Bundesrepublik Deutschland	16 950 DM
Frankreich	16 333 DM
Belgien	16 138 DM
Norwegen	16 099 DM
Niederlande	14 745 DM
Österreich	12 630 DM
Japan	10 500 DM
Großbritannien	9 280 DM
Italien	7 049 DM

(2) Seit 1966 sind die **Nettoeinkommen der Arbeitnehmer** um rund 100 Prozent gestiegen.

Monatliche Nettolohn- und Gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigtem Arbeitnehmer

Jahr	DM	durchschnittl. Zuwachs in %
1966	683	+ 5,9
1967	703	+ 2,9
1968	737	+ 4,8
1969	792	+ 7,4
1970	888	+ 12,2
1971	975	+ 9,7
1972	1063	+ 9,0
1973	1150	+ 8,3
1974	1264	+ 9,9
1975	1355	+ 7,2

(3) Seit 1974 haben wir im Dreijahresdurchschnitt die höchste **Preisstabilität** aller Industrieländer.

Verbraucherpreissteigerungen gegenüber entsprechendem Vorjahreszeitraum in Prozent:

	Jahr		Monat*) 1976
	1974	1975	
Bundesrepublik Deutschland	7,0	6,0	5,0 Mai
Schweiz	9,8	6,7	2,2 April
Österreich	9,5	8,5	7,7 April
USA	11,0	9,1	6,1 März
Dänemark	15,2	9,6	9,0 März
Niederlande	9,8	9,9	9,0 März
Kanada	10,9	10,8	9,0 März
Schweden	9,9	9,8	10,7 Februar
Frankreich	13,7	11,3	9,7 März
Belgien	12,7	12,8	9,7 April
Japan	24,5	11,9	10,3 Februar
Italien	19,1	17,0	13,9 März
Großbritannien	16,1	24,2	21,2 März

*) Hier sind jeweils die neuesten verfügbaren Zahlen eingesetzt.

(4) Wir konnten die **Arbeitslosigkeit** durch eine Fülle von konjunkturwirksamen Maßnahmen in Grenzen halten:

Arbeitslosenquote 1976 in %*

Schweden	Mai	1976	1,8
Österreich	März	1976	2,8
Bundesrepublik Deutschland	Mai	1976	4,2
Großbritannien	März	1976	5,5
Niederlande	März	1976	5,2
Frankreich	März	1976	5,5
Italien	Januar	1976	6,2
Kanada	März	1976	7,6
USA	März	1976	8,1
Belgien	März	1976	8,4
Dänemark	Februar	1976	12,6

*) Hier sind die jeweils neuesten verfügbaren Zahlen eingesetzt.

(5) In den Jahren vor der Weltwirtschaftskrise hat der Bund nicht nur eine **maßvolle Schuldenpolitik** betrieben, sondern sogar Konjunkturrücklagen gebildet. Auf dieser Grundlage war die Ausweitung der Kreditfinanzierung seit 1974 möglich, die wesentlich zur Überwindung der Rezession beigetragen hat.

a) Verschuldung des Bundes, der Länder und Gemeinden in Prozent des Bruttosozialprodukts

	Bund	Länder	Gemeinden
1966	6,7	4,0	6,0
1967	8,2	4,8	6,4
1968	8,5	4,9	6,3
1969	7,5	4,3	6,0
1970	7,0	4,0	5,8
1971	6,5	4,2	6,2
1972	6,5	4,4	6,6
1973	6,2	4,3	6,7
1974	7,0	4,7	6,1
1975	10,3	6,4	6,5

b) Verschuldung von Staat (Bund) und nachgeordneten Gebietskörperschaften im internationalen Vergleich (1975*)

	in % des Bruttosozialprodukts	in DM je Einwohner**)
Frankreich	14	2430
Japan	19	2150
Bundesrepublik Deutschland	23	4000
Schweiz	26	6060
Schweden	39	7670
Niederlande	39	5860
Italien	50	3680
USA	51	9480
Großbritannien	75	6630

*) z. T. Schätzungen

**) Umrechnungen über Devisenkurs

Damit liegen wir im internationalen Vergleich absolut und relativ zum Sozialprodukt sehr günstig, obwohl wir zur Abwehr der Weltwirtschaftskrise 1975 Staatsausgaben verstärkt über Kredit finanziert haben.

(6) Die D-Mark ist eine der härtesten Währungen der Welt.

Wir verfügen über das dickste Polster an Währungsreserven im Wert von über 90 Mrd. DM, netto 80 Mrd. DM.

Außenwert der DM

Der Wert der DM ist von Ende September 1969 bis Ende 1975 in Prozent gestiegen gegenüber:

Pfund Sterling	+ 80,9
Italienische Lira	+ 66,7
US-Dollar	+ 52,5
Kanadischer Dollar	+ 43,3
Schwedische Krone	+ 29,8
Japanischer Yen	+ 29,2
Dänische Krone	+ 25,6
Französischer Franc	+ 23,0
Belgischer Franc	+ 20,7
Norwegische Krone	+ 19,5
Holländischer Gulden	+ 13,2
Österreichischer Schilling	+ 8,6
Schweizer Franken	- 8,6

Das heißt: seit 1969 hat der Wert der D-Mark gegenüber allen Währungen außer dem Schweizer Franken zugenommen.

Von Januar bis Mitte Juni 1976 ist der Wert der D-Mark erneut gegenüber allen anderen Währungen der Welt gestiegen, im Durchschnitt um ca. 6 Prozent.

Diese Entwicklung des Außenwertes der D-Mark zeigt wie von ausländischen Wirtschafts- und Finanzexperten die heutige und die zukünftige Leistungskraft der deutschen Volkswirtschaft eingeschätzt wird: äußerst positiv.

(7) Für eine langfristige Energieversorgung ist durch ein rechtzeitiges Energieprogramm vorgesorgt:

- Nationaler Ölkonzern (VEBA/Gelsenberg) gebildet, damit wir nicht allein von ausländischen Multis abhängig bleiben.
- Bildung einer nationalen Kohlereserve von 10 Mio. Tonnen und einer Rohölreserve für 90 Tage.
- Forschungsprogramm Energie zur rationelleren Verwendung der Energie und für neue Technologien, z. B. Fernwärmeversorgung, Kohlevergasung, Sonnenenergie.
- Sicherung des Kohleabsatzes durch Entwicklung neuer Technologien, die der Kohle breitere Verwendungsmöglichkeiten schaffen, und durch energiepolitische Maßnahmen, besonders durch das Dritte Verstromungsgesetz im Bereich der Elektrizitätswirtschaft. 1976 stehen für die Sicherung des deutschen Kohlebergbaus rund 1 Mrd. DM Zuschüsse und Steuervergünstigungen zur Verfügung.
- Deutsche Beteiligung am internationalen Energieprogramm der 12 wichtigsten Industrieländer; wichtigstes Ziel: durch ein System der solidarischen Zusammenarbeit Versorgungskrisen überwinden zu können sowie den Dialog mit den Öl-Förderländern zu führen.

(8) Unsere politische und soziale Stabilität ist beispielhaft.

Internationaler Vergleich der durch Arbeitskämpfe ausgefallenen Arbeitstage je 1000 Arbeitnehmer:

	1974
Niederlande	2
Bundesrepublik Deutschland	52
Dänemark	95
Belgien	187
Frankreich	201
Großbritannien	650
Italien	1283

Aber erreicht haben unsere Gewerkschaften für die Arbeitnehmer trotz weniger Streiks mehr als anderswo.

Dazu hat unsere Politik des rechtzeitigen sozialen Ausgleichs und der inneren Reformen maßgeblich beigetragen.

(9) Strukturpolitik

Die Strukturpolitik für kleine und mittlere Unternehmen hat in unserer Wirtschaftspolitik einen hohen Stellenwert, weil wir diese Unternehmen für das Funktionieren des Wettbewerbs und der marktwirtschaftlichen Ordnung brauchen.

Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen durch den Bund

	(in Mio. DM)	
	1970	1975
Haushaltsmittel des Bundes	63,9	199,0 *)
ERP-Mittel (Kreditzusagen)	398,7	682,8
Gewährleistungen (Bürgschaften)	187,7	248,5
Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau	47,9	1451,5

*) 1975 Soll-Betrag

Von 1970 bis 1975 wurden die aus Haushaltsmitteln gegebenen Förderungsbeträge mehr als verdreifacht (rund 750 Mio. DM in 6 Jahren), der ERP-Kredit um rund 70% aufgestockt (rund 2750 Mio. in 6 Jahren) und die Bürgschaftssumme im Vergleich zu 1970 um fast ein Drittel ausgeweitet (rund 1300 Mio. DM in 6 Jahren); außerdem wurden die Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau um ein Vielfaches erhöht.

Durch die **regionale Strukturpolitik** werden die Chancen der Randgebiete und der ländlichen Räume mit geringem Wirtschaftswachstum verbessert und Arbeitsplätze geschaffen.

In den vier ersten Jahren (1972–1975) der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wurden rund 420 000 Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe neu geschaffen und mehr als 400 000 bestehende Arbeitsplätze gesichert. Für die Regionalförderung haben Bund und Länder durch Haushaltsmittel und Steuerverzichte seit 1972 im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe rund 4,9 Mrd. DM zur Verfügung gestellt.

10 Jahre nach dem Raumordnungsgesetz von 1965 hat die Bundesregierung 1975 erstmals ein **Bundesraumordnungsprogramm** verabschiedet. Dadurch wird die Abstimmung der räumlichen Strukturpolitik des Bundes verbessert und die Zusammenarbeit mit den Ländern erleichtert. Das Bundesraumordnungsprogramm macht Schluß mit dem unfruchtbaren Stadt-Land-Gegensatz, es geht von dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen unseres Landes aus und sorgt für einen fairen Interessenausgleich zwischen **Verdichtungsräumen** und **ländlichen** Gebieten.

In der **sektoralen Strukturpolitik** haben wir bei volkswirtschaftlich bedeutsamen Branchen, die sich einem Nachfragerückgang gegenübersehen, wie z. B. im Bergbau, in der Werft-, Textil- oder in der Keramikindustrie, den Abbau der Beschäftigung gebremst und sozial abgesichert.

Von 1969 bis 1976 hat die Bundesregierung – ab 1973 im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe – den Bundesländern für Maßnahmen **zur Verbesserung der Agrarstruktur und für den Küstenschutz** insgesamt fast 10 Mrd. DM zur Verfügung gestellt. Als die Küstenländer im Januar 1976 von einer Sturmflut heimgesucht wurden, hat die Bundesregierung schnell und unbürokratisch geholfen und eine viertel Milliarde DM zur Verfügung gestellt.

(10) Die Forschungs- und Technologiepolitik sichert den Rang unserer Industrie im internationalen Wettbewerb. Sie ist ein wichtiges Instrument einer vorausschauenden Industriepolitik.

Forschungsförderung des Bundes in Schwerpunktbereichen in Mio. DM

	1970	1975
Allgemeine Forschungsförderung	209,9	376,0
Humanisierung der Arbeitswelt	—	32,5
Schlüsselbereiche der Technologie	19,0	51,1
Ressourcensicherung	0,6	44,3
Medizin, Biologie und Ökologie	54,5	249,1
Nachrichtentechnik und Elektronik	2,3	76,3
Datenverarbeitung	123,2	441,0
nichtnukleare Energieforschung	7,7	179,1
Atomkernenergieforschung	810,1	1 354,9
Weltraumforschung	351,5	602,2
Transport/Verkehr einschließlich Luftfahrt und Kommunaltechnologien	1,3	145,1
Meeresforschung und -technik	10,6	68,0
Deutsche Forschungsgemeinschaft und Sonderforschungsbereiche	160,0	329,0
Bildungsforschung und Berufsbildungsforschung	4,0	173,0
Insgesamt	1754,7	4121,6

Insgesamt ist die Forschungsförderung in den 5 Jahren um über 130 % gestiegen; wichtige Einzelbereiche, z. B. Medizintechnik: + 360%; bei der nichtnuklearen Energieforschung (Kohle, Sonnenenergie etc.) um ein Vielfaches.

2.3

Die Sicherung der Arbeitsplätze ist unser oberstes Ziel

Unsere Politik für ausreichende und zukunftssichere Arbeitsplätze hat gegenwärtig drei Schwerpunkte:

- Aktive, stabilitätsorientierte Konjunktur- und Beschäftigungspolitik
- Sichere Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche
- Modernisierung der Volkswirtschaft

(1) Aktive, stabilitätsorientierte Konjunktur- und Beschäftigungspolitik

Die weltwirtschaftlichen Risiken sind noch nicht alle gebannt. Wir überwinden sie durch internationale Zusammenarbeit. Wer aber behauptet, er hätte die Weltwirtschaftskrise von unserem Land fernhalten können, der macht den Bürgern etwas vor; denn das kann kein Staat der Welt.

Die Bürger, die am 3. Oktober auch über die zukünftige Wirtschaftspolitik entscheiden, wissen in ihrer großen Mehrheit: Unser Land ist wirtschaftlich eingebunden in internationale Zusammenhänge; jeder vierte Arbeitsplatz hängt vom Export ab. Auch in Zukunft können wir weltwirtschaftliche Erschütterungen nicht ausschließen. Auch in Zukunft werden wir Sozialdemokraten einen wesentlichen Teil davon von unserem Land fernhalten können. Deshalb ist entscheidend, wer regiert.

Entscheidend ist unser Mut, das langfristig Richtige zu tun. Wir wissen, daß auch der Bürger nichts von Strohfeuern hält; sie verglimmen schnell, übrig bleibt nur die Asche. Langfristig ist ohne Stabilität keine wirksame Arbeitsplatzsicherung möglich. Stabilität kommt nicht von selbst. Stabilität fordert manchmal Opfer. Wir Sozialdemokraten haben den Mut dazu, weil wir nicht auf kurzfristige Effekthascherei aus sind, sondern auf den langfristigen Erfolg.

Der Schlüssel für den Erfolg von sozialdemokratisch geführten Ländern ist ihre Reformbereitschaft, das von ihnen geschaffene dichte soziale Netz und die gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

Entscheidend für das wirtschaftliche Wohlergehen unseres Landes ist: Wir haben in Bundeskanzler Helmut Schmidt einen Regierungschef mit langer wirtschaftspolitischer Erfahrung, bewiesener Entscheidungskraft und hohem internationalen Ansehen. Dies ist für den sicheren Kurs unseres Landes ausschlaggebend.

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird in der Konjunkturpolitik auch künftig rechtzeitig und vorausschauend handeln.

Wir werden uns für eine Verstärkung der internationalen Abstimmung der Wirtschaftspolitik besonders in der Europäischen Gemeinschaft einsetzen.

Wir haben in den letzten 2 Jahren gezielt und mit Erfolg neue arbeitsmarktpolitische Instrumente eingesetzt. Auch in Zukunft werden wir neue Wege beschreiten, wenn sich dies als notwendig und sinnvoll erweisen sollte.

Wir streben die Bildung von freiwilligen Investitionsrücklagen der Unternehmen in einem neutralisierten Fonds an, der bei Beschäftigungseinbrüchen aufgelöst werden kann.

Außerdem sollten in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst verstärkt Teilzeit-Arbeitsplätze geschaffen werden – vornehmlich für verheiratete Arbeitnehmer, die nur Teilzeit arbeiten wollen.

Die Bundesregierung hat die Grundlagen für einen dauerhaften Aufschwung gelegt. Unsere Volkswirtschaft hat noch viel zu leisten. Sie ist dafür gut gerüstet: ihre Leistungsfähigkeit wird in der ganzen Welt hoch geschätzt. Hierzu hat die verantwortungsvolle Politik der Gewerkschaften einen entscheidenden Beitrag geleistet. Damit ist das Fundament für Vollbeschäftigung und Wachstum in den kommenden Jahren gelegt.

Der Bedarf an Gütern und Diensten ist unverändert groß und wird auch künftig weiter zunehmen. Dies gilt gleichermaßen für die private Nachfrage wie für die Investitionserfordernisse der Industrie. Dies gilt für die großen öffentlichen Aufgaben, für die Investitionen in unserer Zukunft. Dies gilt auch für die Auslandsnachfrage nach deutscher Technologie und deutschen Qualitätsprodukten sowie nach deutschen Investitionen zur Bewältigung der Probleme der Dritten Welt.

(2) Sichere Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche

Vor allem wegen der geburtenstarken Jahrgänge, die in den nächsten Jahren ins Erwerbsleben eintreten, nehmen die Probleme der Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher zu.

Die erste Erfahrung unserer Jugend in der Erwachsenenwelt darf nicht die Arbeitslosigkeit sein. Wir brauchen die nachwachsende Generation, und sie braucht unsere Hilfe. Wir brauchen die Solidarität der Generationen!

Wichtigstes Mittel im Kampf für die Eingliederung der jungen Menschen ins Berufsleben ist ein stetiges und qualitatives Wirtschaftswachstum, welches von Störungen aus der Weltwirtschaft möglichst wenig erschüttert werden darf. Die Bundesregierung hat durch ihre aktive Konjunktur- und Finanzpolitik die Weltwirtschaftskrise für unser Land abgefangen und die Weichen für einen anhaltenden Aufschwung gestellt. Durch die direkte Arbeitsmarktpolitik wird die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung die akuten Probleme lösen helfen; wie schon mit dem 300-Millionen-Programm vom Februar 1976.

Arbeitslosigkeit trifft besonders diejenigen, die gar nicht oder nur schlecht ausgebildet sind. Sozialdemokraten treten deshalb für eine qualifizierte Berufsausbildung aller Jugendlichen ein. Denn qualifizierte Ausbildung vermindert Arbeitsplatzrisiken und verbessert die Chancen am Arbeitsmarkt. Wir sagen deshalb ein entschiedenes Ja zu einem leistungsfähigen und dauerhaft gesicherten Berufsbildungssystem. Wer nein sagt zur Berufsbildungsreform verschärft die Gefahr von Jugendarbeitslosigkeit, er läßt zu, daß Tausende von Jugendlichen auf ein ungewisses Hilfsarbeiter-Leben verwiesen werden.

Wir fordern Verbände, Gewerkschaften und Unternehmer sowie jene Arbeitnehmer, die im Rahmen der gesetzlichen Mitbestimmung Verantwortung übernehmen sollen, auf, gemeinsam mit der Bundesregierung den Jugendlichen die Türen zur Berufswelt zu öffnen. Sozialdemokraten sorgen dafür, daß der öffentliche Dienst mehr Jugendliche zur Ausbildung aufnimmt.

(3) Modernisierung der Volkswirtschaft

Die Entwicklung der Weltwirtschaft wird uns zu Änderungen unserer Wirtschafts- und Branchenstruktur veranlassen. Unsere Volkswirtschaft muß auch in Zukunft rasch modernisiert werden. Das darf nicht zu schwerwiegenden Nachteilen bei den Betroffenen führen. Deshalb wird die Wirtschaftspolitik zunehmend Verantwortung für die sektoralen, d. h. die Wirtschaftszweige betreffenden Strukturänderungen übernehmen müssen: Wir brauchen eine vorausschauende Industriepolitik. Sie soll den Wirtschaftsunternehmungen helfend zur Verfügung stehen, nicht aber sie bevormunden.

Es ist daher eine vordringliche Aufgabe sozialdemokratischer Politik, durch Verbesserung von Organisation, Verfahren und Koordination die Planungsfähigkeit des Staates systematisch zu erhöhen. Die wichtigste Voraussetzung hierzu ist ein systematischer Ausbau des Instrumentariums der wirtschaftlichen Diagnose und Prognose. Dazu gehören: Bessere statistische Informationen, bessere Methoden zur Analyse des wirtschaftlichen Strukturwandels, Beratung der Unternehmen, der Gewerkschaften und der Politik, auch in Strukturfragen, durch die Wissenschaft; dazu gehört der Mut, sich an einer Vorausschau der Branchenentwicklung zu beteiligen. Hierzu ist die Einführung einer Informationspflicht über geplante gewerbliche und öffentliche Investitionen von einer bestimmten Größenordnung an zu befürworten, die es uns besser als bisher möglich macht, im Rahmen einer zielorientierten Wirtschaftspolitik öffentliche Daten für die einzelwirtschaftlichen Entscheidungen zu setzen. Allerdings ist es auch notwendig, daß sich Unternehmensverbände und Gewerkschaften mehr als bisher um die Strukturfragen der Wirtschaft bemühen.

Viele Klein- und Mittelbetriebe schaffen es kaum, sich aus eigener Kraft über den schnellen weltwirtschaftlichen Strukturwandel zu orientieren. Das kann die Unternehmenskonzentration fördern und den Wettbewerb schwächen. Wir brauchen aber den selbständigen Mittelstand. Wir werden deshalb neben einer Verstärkung der Mittelstandskredite und der Beratungskapazität die Fähigkeit der kleineren und mittleren Unternehmen, neue Produkte und Verfahren einzuführen, auch durch schnellere Verbreitung von Forschungsergebnissen fördern.

Eine stärkere strukturpolitische Orientierung darf kein Alibi für Erhaltungssubventionen sein. Alle Subventionen sollen ständig durch eine methodische Erfolgskontrolle daraufhin überprüft werden, ob ihnen noch ein volkswirtschaftlicher und sozialer Anspruch zugrunde liegt.

Um die Modernisierung zu fördern, haben wir eine moderne Forschungs- und Technologie-Politik entwickelt. Schwerpunkte dieser Politik sind Förderungsprogramme zur Sicherung unserer Energie- und Rohstoffversorgung und zur Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit in industriellen Schlüsselbereichen, wie Datenverarbeitung und Elektronik sowie zur Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Bürger, insbesondere in der Arbeitswelt.

3. Soziale Sicherheit und persönliche Freiheit durch Solidarität

3.1. Für den Sozialstaat – gegen die Ellbogen-Gesellschaft

Dank der Politik der Sozialdemokraten und der Mitarbeit der Gewerkschaften können sich die Menschen in unserem Land heute auf ein

dichtes und tragfähiges soziales Netz verlassen. Unser Sozialstaat garantiert Rechte. Das ist mehr als eine gnädige Hilfe im Notfall. Unser Sozialstaat hat damit eine neue, eine bessere Qualität gewonnen. Diese Leistung bleibt mit Walter Arendt, dem ersten sozialdemokratischen Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, untrennbar verbunden. Unser sozialer Staat hat ein Modell für viele andere Länder. Dieser Sozialstaat ist nicht selbstverständlich. Maßgebliche Kräfte im Lager der anderen Parteien erklären offen, ihnen gehe bereits zu weit, was an sozialer Sicherung erreicht wurde. Sie wollen abbauen.

Art. 20, Abs. 1 unseres Grundgesetzes verpflichtet uns auf einen demokratischen und sozialen Bundesstaat. Sozialdemokraten nehmen diese Verpflichtung ernst und werden mit aller Kraft weiter für die soziale Sicherung arbeiten. Bei der Wahl am 3. Oktober wird über diesen Sozialstaat entschieden.

Warum wir den Sozialstaat verteidigen:

- Der Sozialstaat schafft Sicherheit für alle. Nur wenige können sich durch Erbe und privates Vermögen gegen die Risiken des Lebens absichern. Für die weitaus überwiegende Mehrheit ist eine gute soziale Sicherung ihr einziges, ihr „soziales“ Vermögen.
- Soziale Sicherheit garantiert persönliche Freiheit, weil sie vor Not im Alter, bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invalidität bewahrt.
- Unser Netz sozialer Sicherung ist wesentliche Ursache für den beispielhaften sozialen Frieden und damit die politische Stabilität unseres Landes. Nur wenn keine Gruppe ausgeschlossen ist, gibt es soziale Gerechtigkeit.
- Der Sozialstaat macht uns widerstandsfähiger gegen krisenhafte Einflüsse von außen.
- Der Sozialstaat fördert die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Nur wenn die Arbeitnehmer sozial gut abgesichert sind, können sie den notwendigen Strukturwandel bejahen und mittragen.

Die Alternative zum sozialen Staat und zur solidarischen Gesellschaft ist die Ellbogenwelt, die Welt der Privilegien und sozialen Ungerechtigkeiten. Wer abrücken will vom Prinzip der Solidarität, der drängt unser Land zurück in eine Zeit, in der Herkunft, Erbe und Vermögen die Lebenschancen bestimmten.

Es gibt interessierte Kreise, welche die Bürger glauben machen möchten, sie brauchten keine staatlich organisierte und gesetzlich verankerte soziale Sicherung. Wer jung und gesund ist, wer viel verdient, wer keine Kinder hat, mag dem auf den ersten Blick zuneigen. Aber gegen Krankheit und Schicksalsschläge ist niemand gefeit. Nur ganz wenige in unserem Volk können sich allein absichern.

Immer mehr Gruppen haben das erkannt; in den letzten Jahren zum Beispiel Selbständige, Hausfrauen und Landwirte, denen erst wir Sozialdemokraten die Mitgliedschaft in der Rentenversicherung und in der Krankenversicherung ermöglicht haben. Soziale Sicherheit verlangt Solidarität zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen.

Unsere sozialen Leistungen sind nicht vom Himmel gefallen, sondern erarbeitet und von den Bürgern durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge finanziert worden in der Gewißheit:

Diese Leistungen sind für alle da. an diesen Leistungen hat jeder teil, diese Leistungen sind gesichert.

Es ist ein Irrtum des politischen Liberalismus und des Konservatismus, Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit können in einer Ellbogen-Gesellschaft des Kampfes aller gegen alle bewahrt werden.

3.2. Unsere soziale Ordnung ist einzigartig in der Welt

Schon in der Großen Koalition haben Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung darauf geachtet, daß die Sozialpolitik ihr gebüh-

rendes Gewicht bekommt. Seit 1969 sind beispielhafte Erfolge erzielt worden. Schwerpunkt von Walter Arendts Arbeit war zuerst der Ausbau der sozialen Sicherung und die Humanisierung der Arbeitswelt. Selbst während der, ja gerade wegen der Weltwirtschaftskrise, haben wir 1974 das Netz der sozialen Sicherung noch enger geknüpft. Heute sind praktisch alle sozialen Einkommensleistungen dynamisiert, d. h., die Leistungsempfänger nehmen am wachsenden Wohlstand der Gesellschaft teil.

Unsere wichtigsten sozialen Leistungen, die beispielhaft sind:

Handfeste Verbesserungen für alle Arbeiter und Angestellten:

- (1) Seit 1972 **flexible Altersgrenze**; sie wird inzwischen von rd. drei Viertel der Berechtigten genutzt.
- (2) Seit 1976 können Arbeitnehmer ihre Ansprüche auf **Betriebsrenten** bei Arbeitsplatzwechsel mitnehmen. Die Renten wurden außerdem gegen Konkurs und Betriebsstilllegung abgesichert.
- (3) 1970 trat die 6wöchige **Lohnfortzahlung** für Arbeiter im Krankheitsfall in Kraft, die wir schon in der Großen Koalition durchgesetzt haben.
- (4) 1970 wurde die soziale Krankenversicherung für **alle Angestellten** geöffnet. **Alle Angestellten** erhalten seitdem den **Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung**; ein Gewinn für alle Angestellten, die nicht versicherungspflichtig sind.
- (5) Arbeitslosengeld auf 68% erhöht.
- (6) Das Kurzarbeitergeld wurde erhöht und die Bezugsdauer von 12 auf bis zu 24 Monate verlängert.
- (7) Mit dem Gesetz über das **Konkursausfallgeld** sind die Arbeitnehmer seit Juli 1974 vor dem Risiko des Lohnausfalles bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers geschützt.
- (8) Das **624-DM-Gesetz** nutzten 1975 rd. 16 Mio. Arbeitnehmer zur Vermögensbildung. Für fast alle wurden tarifvertragliche Leistungen vereinbart. 1969 beim 312-DM-Gesetz waren bei insgesamt 5,7 Mio. Verträgen nur 1 Mio. tarifvertraglich abgesichert.
- (9) Seit 1972 haben Arbeitnehmer aufgrund des neuen **Betriebsverfassungsgesetzes** mehr Rechte und bessere Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten.
- (10) Das neue **Personalvertretungsgesetz** stärkt die Mitwirkung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.
- (11) Die erweiterte **Mitbestimmung** der Arbeitnehmer in Kapitalgesellschaften mit mehr als 2000 Beschäftigten ist in diesem Jahr durchgesetzt worden. Durch sie wird den Interessen der Arbeitnehmer bei Unternehmensentscheidungen mehr Gewicht verliehen. Sie ist ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zur vollen paritätischen Mitbestimmung. Wie sammeln jetzt Mitbestimmungserfahrungen, die wir auch in die europäische Diskussion über ein gemeinsames Unternehmensrecht einbringen werden.

Für die Selbständigen:

- (12) Wir haben 1972 die **Rentenversicherung für die Selbständigen** geöffnet.
- (13) Die erstmals gezielte steuerliche Entlastung der Altersicherung von Selbständigen erfolgte durch die Einführung einer neuen Freibetragsregelung im Wege der Steuerreform.
- (14) Entlastung der Klein- und Mittelbetriebe in der **Steuerreform**, z. B. durch Erhöhung des Gewerbesteuerfreibetrages. Etwa 50% aller Betriebe sind dadurch von der Gewerbeertragssteuer freigestellt worden.

(15) Begrenzter **Verlustrücktrag**, der besonders Klein- und Mittelbetrieben zugute kommt.

Für Landwirte:

Mehr als jede CDU/CSU-Regierung haben wir Sozialdemokraten für die soziale Sicherung der landwirtschaftlichen Bevölkerung getan. Die Leistungen im Bereich der Agrarsozialpolitik wurden seit 1969 verdreifacht (von ca. 840 Mio. DM auf 2,5 Mrd. DM):

(16) Für Landwirte wurde 1972 die gesetzliche **Krankenversicherung** eingeführt.

(17) Die landwirtschaftlichen **Altersgelder** wurden mehrfach erhöht und seit 1975 dynamisiert.

(18) Erhöhung und Dynamisierung der **Landabgaberenten**.

(19) Nachversicherung für ausscheidende Landwirte.

(20) Zuschüsse für Beiträge zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung seit 1974 ca. 1,25 Milliarden DM.

Leistungen für unsere Jugendlichen:

(21) Jugendlichen Arbeitnehmern garantiert das neue **Jugendarbeitsschutzgesetz** u. a. die 5-Tage-Woche mit 40 Arbeitsstunden, einen verlängerten Jahresurlaub und einen besseren Gesundheits- und Arbeitsschutz.

(22) **Jugendvertreter** haben nach dem Betriebsverfassungsgesetz einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung nach Beendigung der Ausbildung.

(23) Für alle **Kinder** in Kindergärten, Schüler und Studenten wurde ein **kostenloser Unfallversicherungsschutz** eingeführt.

(24) **Studenten** wurden 1975 in die **gesetzliche Krankenversicherung** einbezogen.

Für die Familien:

(25) Ab 1.1.1975 neues **Kindergeld**; für das erste Kind DM 50,-, für das zweite Kind DM 70,-, für jedes weitere DM 120,-. Die unsozialen Kinderfreibeträge, die dem Großverdiener eine wesentlich höhere Steuerersparnis brachten als den kleinen Einkommen, sind abgeschafft.

(26) Wir haben 1971 das **Wohngeld** entscheidend verbessert und dabei vor allem kinderreiche Familien und Rentner verstärkt gefördert.

(27) Bei **Krankheit von Kindern** steht den Eltern seit 1974 ein befristeter Pflegeurlaub zu, der von der Krankenkasse bezahlt wird. Frauen, die einen Haushalt mit Kindern unter 8 Jahren betreuen, haben Anspruch auf Gewährung einer Haushaltshilfe, wenn sie ins Krankenhaus oder zur Kur müssen.

(28) Öffnung der gesetzlichen Altersversicherung für Hausfrauen seit 1972.

(29) Erwerb deutscher Staatsangehörigkeit für Kinder deutscher Mütter, die mit Ausländern verheiratet sind.

Für die älteren Mitbürger und Kriegsopter:

(30) Die **Renten** wurden, seit Sozialdemokraten regieren, über 100% angehoben. Aus einer Rente von DM 500,- im Jahr 1969 z. B. wurden 1976 über DM 1000,-, und zwar netto, ohne Abzüge.

(31) Durch die **Rente nach Mindesteinkommen** wurden 1,4 Mio. Kleinrenten spürbar angehoben. Frühere Lohndiskriminierungen wurden auf diese Weise in der Rentenberechnung korrigiert.

(32) Für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft, deren Zusatzaltersversorgung zu gering ist, werden seit 1974 vom Bund Ausgleichszahlungen gewährt.

(33) Die **Kriegsopferrenten** sind 1970 dynamisiert worden. Damit ist der unwürdige Zustand abgeschafft, daß die Kriegsopfer jedes Jahr demonstrieren mußten, um ihre Rechte durchzusetzen.

(34) **Steigerung der Kriegsopferrenten** um 118% von 1969 bis 1976; der Renten für Kriegerwitwen um 135%.

(35) Das neue **Heimgesetz** verbessert den Schutz der älteren Mitbürger, die in Altenheimen und Pflegeheimen leben.

Für Behinderte:

(36) Was für die Behinderten getan worden ist, sucht seinesgleichen. Etwa 4 Mio. Betroffenen stehen seit Oktober 1974 unabhängig von der Ursache der Behinderung einheitliche medizinische und berufliche **Rehabilitationsleistungen** und während der Dauer von Rehabilitationsmaßnahmen einheitliche Geldleistungen in Höhe von 80% des zuletzt erzielten Brutto-Verdienstes (Mehrleistungen 1974 insgesamt DM 930 Mio.) zu. Wir fördern den Bau von behindertengerechten Wohnungen.

(37) Den mehr als 1 Mio. Schwerbehinderten brachte das **Schwerbehindertengesetz** von 1974 ein Sonderrecht auf Beschäftigung, erweiterten Kündigungsschutz und Zusatzurlaub.

(38) Mit der Neuregelung der **Sozialversicherung für Behinderte** wurden 1975 alle in Behindertenwerkstätten Beschäftigten in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung einbezogen.

(39) Ferner wurde vor allem für **Behinderte mit Geburts- und Frühschäden** der Sozialversicherungsschutz ausgebaut.

(40) Die Finanzierungsmittel für den Ausbau und Neubau von Rehabilitationseinrichtungen wurden in den letzten Jahren vervielfacht.

Für alle Bürger, die auf soziale Hilfen angewiesen sind:

(41) Verbesserungen im Sozialhilferecht für ältere, pflegebedürftige, behinderte und einkommensschwache Bürger. Dadurch ist die Sozialhilfe – eine der Säulen unseres Systems der sozialen Sicherung – weiter ausgebaut worden.

3.3.

Jetzt das Erreichte sichern und das Netz sozialer Sicherung noch dichter machen

Unser Programm für den Sozialstaat:

(1) Wir sichern das Erreichte

Wegen der Weltwirtschaftskrise hat der Staat, wo erforderlich, die Finanzierung des sozialen Netzes durch staatliche Zuschüsse und in der Arbeitslosenversicherung auch durch vorübergehende Beitragserhöhungen sichergestellt.

So hat das System der sozialen Sicherung dank unserer Politik die wirtschaftlich schwierige Zeit gut überstanden. Jetzt, wo wir in die Phase wirtschaftlicher Belebung kommen, wird es um so leichter sein, die Sozialleistungen zu sichern.

Die dynamische Rente bleibt. Darauf können sich die Rentner heute und die jetzt arbeitende Generation auch künftig verlassen. Die Solidarität zwischen den Generationen hat sich bewährt, sie ist begründet auf gesellschaftliche Vernunft. Sozialdemokraten werden dieses Prinzip im Wechsel der Generationen sichern. Heute sind die Rücklagen der Sozialversicherung höher als jemals zuvor.

Wir fordern die Opposition auf, ihre unverantwortliche Kampagne zur Verunsicherung der Rentner einzustellen.

Die Politik der CDU/CSU ist auch auf dem Gebiet der Rentenversicherung unglaublich, doppelzüngig und hektisch:

Bis vor kurzem noch forderte sie Zusatzausgaben in Milliardenhöhe, jetzt redet sie von Leistungsbeschränkungen.

Wir setzen mit Walter Arendt auf einen beharrlichen und stetigen Kurs.

In der Krankenversicherung muß die volle Solidarität gewahrt bleiben. Einige Vorstellungen, vor allem in der FDP, zielen auf eine Aufspaltung der Solidargemeinschaft nach Gesunden und Kranken. Das sind „soziale“ Scheinlösungen zugunsten von Interessengruppen. Deshalb lehnen wir Sozialdemokraten es ab, den Patienten über seinen Krankenversicherungsbeitrag hinaus an den Kosten seiner Erkrankung zu beteiligen.

Solidarität ist eine wechselseitige Beziehung. Deshalb sollte auch die Solidarität der Empfänger von Sozialleistungen mit den Beitrags- und Steuerzahlern gesehen werden. Wenn die Aktiven, die noch im Arbeitsleben stehen, für die übrige Bevölkerung immer mehr aufbringen müssen, dann können sie mit Recht erwarten, daß mit ihren Solidarbeiträgen sorgsam umgegangen wird. Wir werden jedenfalls laufend prüfen, wo Mißbrauch verhindert und unrationelle Verfahren geändert werden können.

(2) Wir werden die soziale Ordnung gerechter und das Netz sozialer Sicherung noch dichter machen

Unsere Hauptaufgabe sehen wir darin, die **Gleichstellung der Frauen** in der Arbeitswelt, im Bereich der Bildung, in der Familie zu verwirklichen. Rechtliche und tatsächliche Gleichstellung fallen heute noch weit auseinander. Unsere Gesetze garantieren den Frauen gleiches Recht. Aber in Wirklichkeit haben die Frauen in ihrer großen Mehrzahl immer noch schlechtere Chancen am Arbeitsplatz, im beruflichen Aufstieg. Eine qualifizierte Berufsausbildung wird auch heute noch vielen jungen Mädchen vorenthalten. Frauen tragen häufig allein die Mehrfachbelastung, die sich aus Kindererziehung, Beruf und Haushalt ergibt.

Die Gleichstellung der Frau ist ein gesellschaftliches Problem, das nur gemeinsam von Männern und Frauen bewältigt werden kann. Die Benachteiligungen und ihre Ursachen müssen aufgezeigt und begriffen werden. Eine Lösung der Probleme kann nicht allein durch neue Gesetze und materiellen Ausgleich erreicht werden. Der Erfolg wird davon abhängen, ob es gelingt, das nötige Umdenken in Gang zu setzen und damit eine Änderung im gesellschaftlichen Bewußtsein zu erreichen. Sozialdemokraten werden deshalb darauf hinwirken, daß vor allem im Bildungsbereich ein neues Verständnis von der Rolle der Frau wie des Mannes vermittelt wird. Die traditionelle Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen muß überall in Staat, Parteien und Medien kritisch durchleuchtet werden.

Im Berufsleben kommt es vor allem auf die Gewerkschaften an, damit die gesetzliche Gleichstellung der Frauen auch tatsächlich verwirklicht wird. Die Gewerkschaften und die Betriebe können dabei unserer vollen Unterstützung sicher sein.

Wir haben uns als längerfristige Aufgabe gesetzt, eine **eigenständige soziale Sicherung für alle Frauen** zu schaffen. Die Öffnung der Rentenversicherung für nichtberufstätige Frauen war ein erster Schritt in diese Richtung. Der Versorgungsausgleich im Rahmen der Reform des Ehe- und Familienrechts war der nächste Schritt. Er geht von dem

Prinzip der gleichberechtigten Teilhabe beider Ehepartner an den während der Ehe erworbenen Versorgungsanswartschaften aus. Weitere Schritte zu einer eigenständigen Alterssicherung der Frauen werden folgen, die uns dieses sozialdemokratische Ziel auf einen dauerhaft wirksamen, finanziell tragbaren und sozial sinnvollen Weg erreichen lassen.

Das Grundgesetz hat die **Familie** unter den besonderen Schutz des Staates gestellt; das gilt auch für die Erziehung der Kinder durch die Familie. Wir werden deshalb die materielle Unterstützung der Familien weiter verbessern:

- Die **Wohnungsbaupolitik** muß noch stärker auf die Bedürfnisse kinderreicher Familien zugeschnitten werden.
- Die Erziehung der Kinder in Familien, in denen die Eltern berufstätig sind, muß durch ein größeres Angebot z. B. an **Tagesstätten, Kindergärten und Ganztagschulen** verbessert werden.
- Wir wollen, innerhalb bestimmter Einkommensgrenzen, jedem **jun-gen Ehepaar** einen **zinsbegünstigten Kredit** von DM 5000,- als Start-hilfe geben, um seine materiellen Anfangssorgen zu verringern.
- Zur Unterstützung der Erziehung in der Familie, in Schule und Beruf hat die schon weit vorangetriebene Reform des **Jugendhilfe-rechts** Priorität. Sie wird verwirklicht, sobald die Verbesserung der Finanzlage von Ländern und Gemeinden mehr Handlungsspielraum schafft.
- Besonders benachteiligt sind auch heute noch die Frauen, die allein für die Erziehung und materielle Sicherung der Kinder verantwortlich sind. Der Lebensunterhalt für diese Kinder ist oftmals ungesichert, wenn der zur Zahlung verpflichtete Elternteil nicht oder nur unvollständig zahlt. Wir werden diese **Unterhaltsleistungen öffentlich absichern**, damit die Kinder nicht darunter leiden.

Die Pflege und Betreuung **alter Menschen** wird in unserer Gesellschaft immer häufiger von den sozialen Einrichtungen des Staates, der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände verlangt. Nicht immer ist es Egoismus, der dieses Verhalten bewirkt. Es gibt auch institutionelle Hemmnisse, die abgebaut werden können und müssen, damit alte Menschen in ihren Familien leben können. Darauf werden wir auch in der Wohnungspolitik achten.

Gleichzeitig setzen wir die öffentlichen Leistungen für die alten Menschen unvermindert fort.

Sozialdemokraten wissen den unverzichtbaren Beitrag zu schätzen, den die **Wohlfahrtsverbände** und die **Kirchen** in der Bundesrepublik in der Sozialarbeit erbringen. Wir sind der Überzeugung, daß sie vieles besser leisten können als staatliche Einrichtungen. Die Partner in der Sozialarbeit verdienen deshalb weiterhin öffentliche finanzielle Unterstützung.

Wir werden weiter **schrittweise verbessern**, wo wir schon heute auf gutem Wege sind und soweit es der finanzielle Rahmen ermöglicht:

- Wir werden die selbständigen **Künstler und Schriftsteller** in die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung einbeziehen. Zur Durchführung der Versicherung werden wir eine Künstlersozialkasse errichten. Als Ersatz für die fehlenden Arbeitgeberbeiträge soll eine Künstlersozialabgabe eingeführt werden. Außerdem treten wir für begleitende Förderungsmaßnahmen zur Verbesserung der Auftragslage und der wirtschaftlichen Situation der Künstler und Schriftsteller ein.
- Wir werden dafür sorgen, daß jeder Rentenversicherte vom 50. Lebensjahr an alljährlich eine **Mitteilung der Rentenversicherung** über die Höhe seiner Ansprüche erhält. Dasselbe verlangen wir auch von allen privaten Lebensversicherungen. Jeder Versicherte muß seine Ansprüche kennen.

- Das seit 1974 geltende **Wohngeldrecht** bedarf aufgrund der inzwischen eingetretenen Einkommens- und Mietenentwicklung einer Neuregelung. Sowohl die Miethöchstbeträge als auch die Einkommensgrenzen sollen angepaßt werden. Dabei ist nötig, das innere Gefüge der Wohngeldtabellen sozial gerechter zu gestalten.
- Es bleibt unsere Aufgabe, auf eine **gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen** hinzuwirken. Wir haben mit dem 624-DM-Gesetz und der Sparförderung viel erreicht.
- Wir setzen unser Bemühen um die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital fort.
- Wir werden noch bestehende rechtliche Hemmnisse abbauen, damit Gewerkschaften und Arbeitgeber ihren vermögenspolitischen Spielraum voll ausschöpfen können. Wir werden diesen Spielraum erweitern; dabei ist es unerläßlich, durch ausreichende Statistiken über die Einkommens- und Vermögensverteilung die Grundlage für eine vorurteilsfreie Diskussion und eine vernünftige Verteilungspolitik zu schaffen.

4. Stetige Reformen für ein modernes Deutschland

4.1 Wer unser Land voranbringen will, muß Mut zu stetigen Verbesserungen haben

Seit 1969 haben die Sozialdemokraten durch ihre beharrliche Reformarbeit Deutschland moderner, die Lebensbedingungen sozialer und gerechter gemacht. Unser Land und unser Leben haben eine neue, eine bessere Qualität gewonnen. Eine Qualität, die alle Bürger erfahren:

- Wir haben Gesetze reformiert, weil sie schon seit Jahrzehnten nicht mehr unserer Zeit entsprachen und Ungerechtigkeiten schufen. So z. B. den § 218 des Strafgesetzbuches.
- Wir haben schrittweise verändert, um Gutes zu bewahren. So z. B. erhaltenswerte Innenstädte durch das Städtebauförderungsgesetz.
- Wir stoppen den Raubbau an Natur und Umwelt. Durch kontinuierliche Anstrengungen im Umweltschutz, Naturschutz und in der Landschaftspflege.
- Wir wenden Geld auf für öffentliche Leistungen, damit mehr Bürger gleiche Lebenschancen haben, so z. B. in der Bildungspolitik.
- Wir reformieren aber auch, um Geld zu sparen. So z. B. muß das Gesundheitswesen verbessert werden, um die steigenden Kosten einzudämmen.

Reformpolitik ist kein leeres Wort. Wie die Beispiele zeigen, kommt sie jedem von uns zugute.

Über dieser Reformpolitik entscheidet der Bürger am 3. Oktober.

Starke Kräfte in der Opposition wollen zurückdrehen; sie sprechen von der Notwendigkeit einer „Tendenzwende“. In aller Regel sind das Kräfte, die durch Reformen ihre unverdienten Privilegien gefährdet sehen, die Geld genug haben, um die Strafdrohung des § 218 im Ausland zu umgehen; die Mittel haben, der Umweltverschmutzung wenigstens teilweise zu entfliehen; deren Kinder bisher schon immer die beste Schulausbildung genießen konnten.

Dagegen werden Sozialdemokraten die Arbeit an der schrittweisen Verbesserung unserer Gesellschaft durch Reformpolitik fortsetzen.

Unsere Richtung stimmt. Nach einer Zeit des schnellen Fortschritts sind wir jetzt in einer Phase der Konsolidierung, in einer Periode der Festigung des durch die Reformen Erreichten. Gerade angesichts der großen weltwirtschaftlichen Probleme gibt es für uns Sozialdemokraten keine Alternative zu einer Politik der schrittweisen Durchsetzung umfassender gesellschaftspolitischer Reformen.

Die Konservativen wollen die weltwirtschaftlichen Probleme zu Lasten der Arbeitnehmer abwälzen, um damit ihre Privilegien zu sichern. Sozialdemokratische Reformpolitik zielt dagegen darauf ab, den erreichten Stand der sozialen und demokratischen Rechte abzusichern und weiter auszubauen. Diese Politik dient den Interessen der Arbeitnehmer. Wir müssen unter diesen Bedingungen die finanziellen Konsequenzen der Weltwirtschaftskrise meistern. Wir müssen ebenso neu geschaffene Reformgesetze mit Leben erfüllen, das Erreichte an unseren Zielvorstellungen überprüfen und weiterentwickeln.

Wer Neues anstrebt, muß auch Risiken einkalkulieren. Aber das wird uns Sozialdemokraten nicht von schrittweisen Verbesserungen abhalten, weil wir wissen: Wir können das Beispielhafte in unserem Land nur bewahren und ausbauen, wenn wir den Mut zu Veränderungen haben.

Noch ist vieles zu tun. Und was schon auf den Weg gebracht worden ist, bedarf der Förderung, der Sicherung und Abrundung durch eine Regierung, die den Fortschritt wirklich will.

Wir können das für unsere Bürger Erreichte und unsere Stellung in der Welt nur halten und weiter verbessern, wenn wir den Mut zum Fortschritt haben. Wir Sozialdemokraten haben ihn. Der bisherige Erfolg gibt uns recht.

Die politische Stabilität und Kontinuität verlangt Reformbereitschaft. Wir Sozialdemokraten vertrauen auf die Urteilskraft unserer Mitbürger und ihre Verantwortung für die kommenden Generationen. Auch sie sollen unser Vaterland liebenswert finden.

Nach der weltwirtschaftlich bedingten Phase der Konsolidierung wird es weiter aufwärtsgehen. In diesem Sinne gilt nach wie vor unsere Feststellung: „Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen kämpfen!“

4.2 Seit 1969 ist Deutschland moderner geworden

Unsere wichtigsten Reformleistungen:

Für ein humanes und zeitgemäßes Recht

(1) Das neue **Ehe- und Familienrecht** versteht die Ehe als gleichberechtigte Partnerschaft von Mann und Frau. Es vermeidet, daß bei der Ehescheidung wie bisher „schmutzige Wäsche gewaschen wird“. Das Zerrüttungsprinzip tritt an die Stelle des Schuldprinzips. Die Frau erhält bei der Ehescheidung einen eigenständigen Rentenanspruch. Das Namensrecht ist neu geregelt.

(2) **Reform des § 218** und ergänzende Hilfeleistungen.

(3) Das neue **Adoptionsrecht** gibt den Adoptivkindern die Chance, durch volle Eingliederung in die neue Familie in einer geborgenen Umwelt aufzuwachsen.

(4) Herabsetzung des **Volljährigkeitsalters** auf 18 Jahre.

(5) **Reform des Strafvollzugs** mit dem Ziel, den Straftäter vor dem Rückfall zu bewahren.

(6) Hilfe für die **Opfer von Gewalttaten**.

(7) Straffung der **Verfahren vor Zivil- und Strafgerichten**.

In der Bildungspolitik

(8) Die Türen des **Bildungssystems** sind weiter geöffnet worden. Mehr Jugendliche als jemals zuvor haben Zugang zu weiterführenden Schulen und zu Hochschulen.

Die Gesamtausgaben von Bund und Ländern für Bildung betragen 1975 58 Mrd. DM; 1969 waren es 22 Mrd. DM.

Seit Sozialdemokraten die Bundesregierung führen, sind die Beiträge des Bundes zur Entwicklung des Bildungswesens mehr als vervierfacht worden.

(9) Unser Schulwesen ist nach dem Grundgesetz Sache der Länder. Bundestag und Bundesregierung haben keine Zuständigkeit, für die nötigen Verbesserungen zu sorgen. Aber die Bundesregierung hat darauf hingewirkt, die gesamtstaatliche Verantwortung durch **gemeinsame Bildungsplanung** zu stärken. Für die weitere Entwicklung des Bildungswesens gibt es zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik gemeinsame Strukturkonzepte von Bund und Ländern: den Bildungsgesamtplan und dazugehörige Pläne für einzelne Bereiche, insbesondere den Stufenplan zur beruflichen Bildung sowie die Rahmenpläne für den Hochschulausbau.

(10) 1970 standen für 100 Kinder zwischen 3 und 6 Jahren 38 **Kinder-gartenplätze** zur Verfügung, 1975 waren es 67.

(11) Die Hälfte aller Jugendlichen in der **Berufsausbildung** lernt heute nach modernen Ausbildungsordnungen.

Damit auch in Klein- und Mittelbetrieben zeitgemäß ausgebildet werden kann, wird die Zahl der überbetrieblichen Ausbildungsplätze mehr als verdoppelt: Von 1974 bis 1976 wurden zur Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten 260 Mio. DM bereitgestellt, bis 1980 sind weitere 520 Mio. DM geplant.

Wir geben heute pro Jahr für überbetriebliche Ausbildungskapazität mehr Geld aus als in all den Jahren unter CDU/CSU-Regierungen zusammengenommen. Aber diese Verbesserungen in der beruflichen Bildung reichen bei weitem nicht aus.

(12) Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, daß Bund und Länder gemeinsam den **Hochschulbau** finanzieren. Dadurch wurden in den Jahren 1970 bis 1975 rund 250 000 neue Studienplätze geschaffen. Die Leistungen des Bundes belaufen sich von 1970 bis 1975 auf insgesamt 7,9 Mrd. DM; 1965 bis 1969 waren es 2,5 Mrd. DM.

(13) Heute können rd. 22% der jungen Menschen mit einem **Studium** beginnen, 1968 waren es 14%. Jeder dritte Studienanfänger kommt heute auf anderen Wegen als über das Gymnasium zur Hochschule.

(14) Heute erhalten jeder 2. Student und jeder 3. Oberstufenschüler eine staatliche **Unterstützung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz**. Dafür werden nahezu 3 Mrd. DM ausgegeben; für vergleichbare Leistungen waren es 1969 nur 400 Mio. DM.

(15) Die Zahl der **Lehrer und Hochschullehrer** ist zwischen 1970 und 1975 um mehr als 120 000 gestiegen. Damit wurden wesentliche Voraussetzungen für ein gesichertes Bildungsangebot für die geburtenstarken Jahrgänge geschaffen.

(16) Das **Hochschulrahmengesetz** ist die erste bundeseinheitliche Grundlage für die Reform der Hochschulen. Durch Studienreform, Verkürzung der Studiendauer und bessere Organisation der Hochschulen soll mehr Bewerbern ein Studium ermöglicht werden.

(17) Für die Förderung der **Hochschulforschung** über die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat der Bund von 1970 bis 1975 über 1,5 Mrd. DM ausgegeben; 1965 bis 1969 waren es 0,4 Mrd. DM.

In der Gesundheitspolitik

- (18) Aufgrund unseres **Krankenhausfinanzierungsgesetzes** gibt es heute ausreichend Krankbetten. Seit 1972 haben Bund und Länder über 10 Mrd. DM Finanzierungshilfen zum Krankenhausbau zur Verfügung gestellt.
- (19) Unsere **Krankenhäuser** sind gut ausgerüstet. Der Mangel an Pflegepersonal ist behoben.
- (20) Seit 1971 kostenlose **Vorsorgeuntersuchungen** für Frauen ab 30, Männer ab 45 und alle Kinder bis zu 4 Jahren.
- (21) Die Bundesregierung fördert gezielt die **Krebsforschung**. Auf mehreren Gebieten liegen deutsche Forscher international an der Spitze.
- (22) Heute wird niemand mehr von der **Krankenkasse** angerechnet.
- (23) Patienten und Ärzte werden durch das neue **Arzneimittelgesetz** mehr als bisher auf die Wirksamkeit und Sicherheit von Arzneimitteln vertrauen können. Treten dennoch Arzneimittelschäden ein, so sind die Patienten versichert, unabhängig davon, ob der Hersteller Schuld daran trägt oder nicht.

Für humane Arbeitsplätze

- (24) **Arbeitssicherheitsgesetz** von 1974
Um die Unfall- und Gesundheitsgefahren im Arbeitsleben zu verringern, wurden die Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet, Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu bestellen.
- (25) Mehr Sicherheit durch die **Modernisierung der Arbeitsschutzvorschriften**, die Erforschung der Unfallgefahren und neue Unfallverhütungsmethoden.
- (26) Strengere Schutzerfordernungen in der **Arbeitsstättenverordnung**, u. a. für die Beleuchtung, Belüftung und Raumtemperatur aller Arbeitsplätze festgelegt.
- (27) Die Bemühungen aller Beteiligten um einen verbesserten Arbeitsschutz haben bereits zu zahlenmäßig sichtbaren Erfolgen geführt. Die Zahl der **Arbeits- und Wegeunfälle** ist in den letzten Jahren **erheblich zurückgegangen**; von 2,7 Mio. in 1970 auf 1,9 Mio. 1975.
- (28) **Entwicklung menschengerechter Arbeitstechnologien** und Erarbeitung von Modellen einer humanen Arbeitsorganisation im Rahmen des Aktionsprogramms „Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens“.

In der Wohnungs- und Städtebaupolitik

- (29) Seit 1969 wurden knapp **4 Mio. Neubauwohnungen** gebaut, davon etwa 1 Mio. im sozialen Wohnungsbau.
- Heute gibt es erstmals mehr Wohnungen als Haushalte in der Bundesrepublik. Dies stärkt auch die Stellung der Mieter.
- (30) Seit 1969 gibt es rund **1,3 Mio. Neueigentümer** von Wohnungen und Einfamilienhäusern.
- (31) Allein 1975 wurden für **Förderung der Eigentumsbildung** im Wohnungsbau 7 Mrd. DM aufgewendet.
- (32) Durch den **Wohnbesitzbrief** wurde eine neue Form des Erwerbs von Wohnungseigentum für Familien mit geringem Einkommen geschaffen.

(33) **Soziales Mietrecht** seit 1971. Dauerrecht seit 1975. Schutz der Mieter vor willkürlichen Kündigungen und ungerechtfertigten Mieterhöhungen. Der Mustermietvertrag bringt zusätzliche Rechtssicherheit.

(34) 1,5 Mio. Bürger erhalten heute **Wohngeld**, 1969 waren es 850 000.

(35) Sozialdemokraten haben durch das **Städtebauförderungsgesetz** die Sanierung und Erhaltung alter und erhaltungswürdiger Städte und Gemeinden vorangebracht. Für rd. 400 Städte und Gemeinden hat der Bund von 1971 bis 1976 für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen rd. 1,65 Mrd. DM bereitgestellt. Das novellierte Bundesbaugesetz hat den Gemeinden erstmals ein wirksames Instrumentarium an die Hand gegeben, mit dessen Hilfe die weitere Zerstörung unserer alten, gewachsenen Städte und Stadtteile aufgehalten und ihre Erhaltung eingeleitet werden kann.

(36) Die **Althaus-Modernisierung** wird durch öffentliche Zuschüsse sowie zinsgünstige Kredite gefördert (1975 mit 1 Mrd. DM) und in dieser Legislaturperiode durch das neue Modernisierungsgesetz wesentlich verbessert.

(37) Durch den **Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs**, durch Straßenbaumaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation und durch Fußgängerzonen in den Innenstädten ist die Lebensqualität erhöht worden.

(38) Heute gibt es überall im Land mehr Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Einrichtungen für behinderte Kinder, Altenheime und Altagsstätten, Schwimmbäder, Sport- und Freizeitzentren. Vieles davon ist auf sozialdemokratische Initiative geschehen.

In der Sportpolitik

(39) Seit 1969 beteiligte sich der Bund am **Bau von 22 Bundes- und Landesleistungszentren** sowie an rund 140 ortsnahen Stützpunkten mit mehr als 150 Mio. DM. Hinzu kommen Sportanlagen für den allgemeinen Breiten- und Freizeitsport sowie die Bundesbeteiligungen an den Olympischen Sportanlagen für 1972 (557 Mio. DM) und den Stadienbauten für die Fußballweltmeisterschaft 1974 (80 Mio. DM).

(40) Fördermittel des Bundes für Deutschen Sportbund, Nationales Olympisches Komitee, die Fachverbände und die Stiftung Deutsche Sporthilfe 1969 = 11,2 Mio. DM, 1976 = 37,6 Mio. DM.

(41) Sozialdemokratische Verteidigungsminister bauten das **Sportförderungssystem in der Bundeswehr stark aus**. Förderungsmittel 1976: 72 Mio. DM (auch für Bundesgrenzschutz und Zivildienst).

Für Verkehrssicherheit und den Ausbau der Verkehrswege

(42) **Fortschritte in der Verkehrssicherheit**: Einführung der 0,8-Pro-mille-Regelung, Pflicht zum Angurten, Tempo 100 auf Landstraßen – das alles sind Verbesserungen, die mehr und wirksameren Schutz für Gesundheit und Leben bedeuten. Wir haben dafür gesorgt, daß die Autos heute sicherer gebaut werden.

(43) **Investitionen in unsere Verkehrswege**: Von 1967 bis 1975 wurden mehr als 3000 km Autobahnen gebaut, 1950 bis 1966 waren es nur 1400 km. Wir haben seit 1967 insgesamt 54 Mrd. DM in den Straßenbau investiert. Das zeigt die überragende Leistung sozialdemokratischer Verkehrsminister.

(44) Der **öffentliche Personennahverkehr** – Schwerpunkt sozialdemokratischer Verkehrspolitik – wurde seit 1967 vom Bund mit rund 30 Mrd. DM gefördert.

Für Verbraucher und Sparer

(45) Wir haben die **stabilsten Preise** aller großen Industrie-Nationen. Wir haben eine aktive Verbraucherpolitik eingeleitet, die den Schutz

der Verbraucher vor wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden, die Verbraucherinformation und Interessenvertretung der Verbraucher verbessert.

(46) Wir haben 1973 das **Wettbewerbsgesetz** verschärft. Der Verbraucher wird dadurch vor willkürlicher Preispolitik besser geschützt.

(47) Mit dem Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen wurde ein wirksames Instrument **gegen den Mißbrauch des Kleingedruckten** bei Kauf- und Dienstleistungsverträgen geschaffen.

(48) Seit 1974 kann der Käufer bei **Abzahlungsgeschäften** oder bei Abonnementverträgen eine unüberlegte Entscheidung während einer Woche rückgängig machen.

(49) Das neue **Lebensmittelrecht** bringt dem Verbraucher mehr Schutz vor gesundheitlichen Gefährdungen. Es enthält u. a. eine verschärfte Kennzeichnungspflicht über Haltbarkeitsdaten und Zusatzstoffe; seit Januar 1975.

(50) **Schutz für die Spareinlagen** auf Sparkonten gesetzlich verbessert. Heute kann sich ein Fall Herstatt nicht wiederholen.

Für den Schutz der Umwelt

(51) Das **Bundesimmissionsschutzgesetz** schützt umfassend gegen Luftverschmutzung und Lärm durch die Industrie.

(52) Das **Benzin-Blei-Gesetz** reduziert das gesundheitsschädliche Blei im Benzin stärker als in jedem anderen europäischen Land.

(53) Das **Waschmittel-Gesetz** von 1975 enthält Vorschriften für gewässerschonende Produkte und Vorgaben für sparsamen Verbrauch von Waschmitteln.

(54) Das **Fluglärmgesetz** legt Lärmschutzbereiche und Schallschutzmaßnahmen fest.

(55) Das Abfallbeseitigungsgesetz und das **Abfallwirtschaftsprogramm** der Bundesregierung sind bisher international ohne Beispiel. Seine Ziele: Stärkere Wiederverwendung und schadlose Beseitigung von Abfällen.

4.3.

Es ist noch vieles zu leisten

Für die Modernisierung von Gesellschaft und Staat sehen wir folgende Aufgabenschwerpunkte:

(1) Bildungspolitik für die Mehrheit

Unsere wichtigste bildungspolitische Aufgabe der nächsten Jahre ist es, qualifizierte Ausbildungsplätze in Betrieben, in Schulen und Hochschulen in ausreichender Zahl zu sichern und zu schaffen. Niemand darf benachteiligt werden, nur weil er einem geburtenstarken Jahrgang angehört. Ausbildungsinteressen und Zukunft einer ganzen Generation dürfen nicht gefährdet werden.

Die geburtenstarken Jahrgänge, der weltwirtschaftlich bedingte Strukturwandel und die Lage auf dem Arbeitsmarkt machen eine große Gemeinschaftsanstrengung notwendig, um insbesondere in ausreichender Zahl gute betriebliche Ausbildungsplätze bereitzustellen und damit die Freiheit der Berufswahl zu sichern.

● Unsere Politik für mehr qualifizierte Ausbildungsplätze muß durchgesetzt werden. Dies entspricht der Verantwortung des Staates für den gesamten Bereich der Berufsausbildung.

Wir bejahen das duale System und wollen die Wirtschaft nicht aus ihrer Verantwortung für das Ausbildungsplätzeangebot entlassen. Das bedeutet aber auch: Die Berufsschulen werden vom Staat (den Ländern) finanziert, die betriebliche Ausbildung aber ist Sache des Handwerks, der Industrieunternehmen, des Handels und der freien Berufe. Damit das so bleibt, halten wir daran fest, daß eine überbetriebliche Umlage zur Sicherung der Ausbildungsplätze notwendig ist, welche die nichtausbildenden Betriebe mit einbezieht.

Die CDU/CSU hat die Reform der beruflichen Bildung blockiert, verhindern kann sie den Prozeß nicht. Unsere erste Antwort auf die Nein-Sager-Politik ist das Ausbildungsplatzförderungsgesetz, mit dem wir die vordringlichsten Aufgaben, vor allem die Finanzierung, regeln, um den Jugendlichen zu helfen.

Wir werden weiter für eine umfassende Reform eintreten,

- die Gleichwertigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung schafft,
- die Abstimmung zwischen Inhalt der betrieblichen und der berufsschulischen Ausbildung sicherstellt,
- die berufliche Weiterbildung einbezieht,
- die Mitbestimmung der Gewerkschaften auf allen Ebenen ausbaut und sicherstellt.

● Damit Chancengleichheit verwirklicht, die persönlichen Begabungen und der Aufstieg des einzelnen über die Erstausbildung hinaus gefördert werden, muß die Berufsausbildung durch ein offenes und leistungsfähiges Weiterbildungssystem ergänzt werden.

Weiterbildung muß Chancen offenhalten, damit Versäumtes nachgeholt und Neues hinzugelernt werden kann. Deshalb werden wir berufliche und allgemeine Weiterbildung fördern.

● Das Schulwesen ist nach dem Grundgesetz Sache der Länder. Sie erfüllen diese Pflicht in unterschiedlicher, zum Teil unzureichender Weise. Das gilt in besonderem Maße für die beruflichen Schulen.

Für viele Jugendliche ist bis zur von uns angestrebten Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule die Hauptschule heute noch die wichtigste weiterführende Schule. Wer die Gesamtschule für alle will, darf heute die Hauptschule nicht ins Abseits geraten lassen. Deshalb setzen wir uns für lebens- und praxisnähere Lerninhalte und für bessere Lernbedingungen der Hauptschule ein. Unser Ziel ist es, möglichst alle Hauptschüler zum Hauptschulabschluß zu führen, der ihnen den Weg in eine qualifizierte Berufsausbildung öffnet. Sozialdemokraten werden sich dafür einsetzen, daß weitere Kurse zum Nachholen des Hauptschulabschlusses eingerichtet werden.

● Das Abitur muß zunehmend auch ohne Hochschulstudium in angemessene Berufswege führen. Das muß sich noch stärker in den Lernhalten der Oberstufe niederschlagen.

● Der Widerspruch zwischen einer wachsenden Zahl arbeitsloser Lehrer und den nach wie vor bestehenden zu großen Klassen in den Schulen und dem Stundenausfall muß aufgelöst werden. Gewissenhafte Studienberatung muß die Abiturienten auf die Fächer mit noch bestehendem Lehrermangel hinweisen. Bereits ausgebildete Lehrer müssen für den Unterricht in diesen notleidenden Fächern, besonders auch in den Berufsschulen, weitergebildet werden.

● Die Ausbildungsförderung soll stärker noch auf soziale Kriterien hin entwickelt werden.

● Die Hochschulen sollen offen sein. Das heißt: In allen Fächern müssen die vorhandenen Plätze an den Hochschulen voll genutzt werden, damit Studienbewerber nicht mehr abgewiesen werden. Die Studiengänge müssen neu geordnet werden. Die Studienreform und die Verkürzung der Studiendauer müssen schnell vorankommen. Es darf nicht dazu kommen daß wenige lange und viele gar nicht studieren können.

Dabei ist klar: Der Zugang zur Hochschule und die Ablegung eines Examens können nicht für den Rest des Lebens eine berufliche Stellung mit garantiert hohem Einkommen gewährleisten.

In fast allen Fächern kann und muß der Numerus clausus alsbald ausgesetzt werden.

An die Stelle der durch Staatsvertrag der Bundesländer untereinander eingetretenen starken Reglementierung und Bürokratisierung des Zulassungsverfahrens muß wieder der freie Hochschulzugang treten. Gestützt auf das Hochschulrahmengesetz fordern wir von den Ländern: Alle Verantwortlichen in Hochschule und Staat müssen hier sofort gemeinsam die notwendigen Entscheidungen treffen.

In den wenigen Fächern, in denen Zulassungsbeschränkungen wegen des besonders starken Bewerberandranges noch notwendig sind, brauchen wir ein gerechtes Zulassungsverfahren, damit nicht ein Bruchteil vom Abiturnotendurchschnitt über die Bildungs- und Lebenschancen junger Menschen entscheidet.

- Wir fordern die Länder und die Hochschulen auf, die Reform des Hochschulstudiums nicht länger durch partikulare Interessen zu verzögern oder sogar zu blockieren. Wir appellieren an die Hochschullehrer, für eine Übergangszeit größere Anstrengungen in der Lehre auf sich zu nehmen.

- Dies alles trägt auch dazu bei, den unheilvollen Druck abzubauen, der vom Numerus clausus her in die Schulen hineinwirkt.

Die Schule muß Wissen vermitteln und Leistung fordern, sie muß aber auch die Freude zur Leistung wecken, die Persönlichkeit der Kinder und Jugendlichen zur Entfaltung bringen, die schöpferischen Kräfte und soziale Verantwortung anregen. Wir sind gegen Strebertum und gegen Leistungsdruck, der eine ganze Generation in ängstliche Anpassung treibt.

Genauso nachdrücklich wenden wir uns aber auch gegen diejenigen, die „Leistungsdruck“ scheinheilig beklagen und in Wahrheit die Rückkehr zu einem sozial ungerechten Schulsystem wollen, in dem Bildungschancen zu früh zugeteilt und zu knapp bemessen werden.

- Sozialdemokraten werden weiter dafür wirken, daß gesamtstaatliche Verantwortung in der Bildung erhalten und gestärkt wird. Wir sind gegen bildungspolitischen Partikularismus.

(2) Erhaltung und Erneuerung der Städte und des ländlichen Raumes

Nur eine Städtebaupolitik, die Erhaltung und Erneuerung mit dem Neubau zu einem Konzept verbindet, kann unsere Städte und Dörfer lebensfähig und lebendig erhalten. Wir werden deshalb die Bauten früherer Generationen bewahren; sie sind ein Stück deutscher Kultur und Tradition.

Der Wohnstandard in den alten Stadtteilen ist den gestiegenen Ansprüchen anzupassen, damit die Bürger nicht die Innenstädte meiden und in die Vorstädte ziehen. Wenn wir verhindern wollen, daß unsere Stadtzentren sich zu reinen Bürostädten entwickeln, dann brauchen wir in den Innenstädten moderne, menschengerechte Wohnungen. Die Wohnumwelt in den Innenstädten muß der in den Randbezirken gleichwertig sein, besonders für die Kinder. Der Bau von Kinderspielplätzen, Grünanlagen und die Verbesserung der Verkehrssicherheit sind deshalb vordringlich.

Der soziale Wohnungsbau – auch als Instrument der Städtebau- und Eigentumspolitik – wird zugunsten von kinderreichen Familien, alten Menschen, jungen Familien mit Kindern und Behinderten und ausländischen Arbeitnehmern fortgesetzt.

Die Sicherung der Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes bleibt fort-dauernd Aufgabe unserer Politik. Der ländliche Raum erfüllt wichtige gesellschaftliche Funktionen, sowohl bei der Bewahrung von Kultur und Tradition sowie als Erholungsgebiet und bei der Erhaltung der Landschaft. Gerade bei allgemein rückläufiger Bevölkerung brau-

chen wir im ländlichen Raum sowohl eine örtliche Organisation der Grundversorgung als auch eine schwerpunktorientierte Versorgung mit höherwertigen Diensten. Wir brauchen für alle im ländlichen Raum ausreichende Arbeitsplätze.

Das Grundgesetz gebietet den Schutz und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Für Sozialdemokraten ist beides gleich wichtig. Wir fördern das Privateigentum an Grund und Boden; wir nehmen die Sozialpflichtigkeit ernst. Deshalb haben wir die Novelle zum Bundesbaugesetz vorgelegt.

Die Novelle zum Bundesbaugesetz verbessert das gemeindliche Planungsrecht und führt die verbindliche Sozialplanung und die Bürgerbeteiligung ein. Sie sichert das Eigentum in den Außenbereichen der Städte und Gemeinden durch einen erweiterten Bestandschutz: Wer nach dem Ausscheiden aus der Landwirtschaft auf seinem Hof wohnen bleiben möchte, der kann das in Zukunft auch tun. Nunmehr geht es um weitere bodenrechtliche und steuerrechtliche Maßnahmen sowie um die Reform der Bodenbewertung zur Bekämpfung der Bodenspekulation, wie sie von Sozialdemokraten seit langem vorgeschlagen wurde.

Wir wollen, daß eine breitere Bevölkerungsschicht am Eigentum teilhaben kann. Deshalb werden wir Bausparförderung, steuerliche Erleichterung sowie öffentliche Wohnungsbaumittel auch weiterhin einsetzen und auch im sozialen Wohnungsbau verstärkt die Bildung vom Wohnungseigentum fördern.

Damit die räumliche Mobilität durch Wohnungseigentum nicht zu sehr eingeschränkt wird, wollen wir die Grunderwerbssteuer in der Bundesrepublik harmonisieren und bei notwendigem Arbeitsplatzwechsel wegfallen lassen. Wir halten an der Einführung des Planungswertausgleiches fest.

(3) Ein gerechteres und wirtschaftliches Gesundheitssystem

Unser Gesundheitssystem hat heute einen hohen technischen Stand und eine gute medizinische Qualität. Dennoch ist es nicht gerecht genug. Und die Kosten dürfen nicht in dem Maße steigen wie bisher. Alle Beteiligten müssen sich zu einer gemeinsamen Anstrengung zusammenfinden. Mehr Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen heißt für uns Sozialdemokraten nicht Leistungsabbau, sondern zweckmäßiger und kostenbewußter Mitteleinsatz in allen Krankenhäusern, bei den niedergelassenen Ärzten und beim Arzneimittelverbrauch im partnerschaftlichen Zusammenwirken mit den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung.

Diese politische Anstrengung sollte unterstützt werden durch mehr Aufklärung für gesunde Ernährungs- und Lebensweise, um ein stärkeres Bewußtsein der Bevölkerung für die Erhaltung der eigenen Gesundheit zu erreichen.

Die SPD hat den Rahmen ihrer gesundheitspolitischen Vorstellungen auf dem Parteitag in Mannheim 1975 formuliert; damit wird die Marschrichtung für unsere Politik in den nächsten Jahren angegeben.

Eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens lehnen wir ab.

Wir fordern die Selbstverwaltungseinrichtungen der Ärzte, der Krankenkassen usw. dazu auf, für ein kostenbewußtes Verhalten im Gesundheitswesen zu sorgen.

Wir halten folgende Änderungen für notwendig:

- Die starren Abgrenzungen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung müssen überwunden werden, d. h. die Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern muß enger und wirksamer gestaltet werden. Neue Formen der Zusammenarbeit müssen in Modellen erprobt werden.
- Die niedergelassenen Ärzte müssen sich auf der Grundlage der beruflichen Tätigkeit zu kostensparenden und qualitätssteigernden Formen der Zusammenarbeit bereit finden.

- Die Gebührenstruktur muß so verändert werden, daß der Anreiz zu übersteigerten technischen Leistungen genommen wird.
- Die Bettenzahl in den Akutkrankenhäusern muß vermindert werden zugunsten von Leicht- und Langliegekrankenhäusern. Zusätzliche stationäre und ambulante Einrichtungen für Pflegebedürftige wie Pflegeheime, Sozialstationen und medizinische Gemeindezentren müssen geschaffen werden.
- Es müssen bundeseinheitliche Bedarfskriterien für die medizinische Versorgung entwickelt werden. Um sowohl Überkapazitäten als auch Mangel an Krankenhausbetten und Einrichtungen zu vermeiden, müssen die Länderplanungen durch den Bund koordiniert werden.
- Die Arzneimittelversorgung muß unter gesundheitspolitischen und unter Kostengesichtspunkten neu gestaltet werden. Die Krankenkassen sollen nur noch das bei vergleichbarer Wirkung preisgünstigste Arzneimittel bezahlen.
- Die Hilfe für die psychisch Kranken muß verbessert und gemeinde-nah gestaltet werden.
- Die Aufwendungen von Bund und Ländern für Forschung im Gesundheitswesen werden mehr als bisher konzentriert auf die Erforschung wichtiger und verbreiteter Krankheitsursachen, auf neue Verfahren und Technologien für die Erkennung und Behandlung häufig auftretender Erkrankungen.

(4) Öffentliche Verwaltung und öffentlicher Dienst

Manche Liberale wollen den Staat in vielen Gebieten zurückdrängen, in denen er tätig ist. Die Konservativen wollen das staatliche Handeln dort stärken und erweitern, wo der Staat Herrschaft ausübt, den Staat dagegen dort schwächen, wo er für die Bürger Leistungen erbringt. Wir Sozialdemokraten erkennen die Ordnungsfunktion des Staates an. Aber neben der herkömmlichen Hoheitsverwaltung muß die dem Bürger dienende, leistende Verwaltung stärkeres Gewicht bekommen. Wir setzen uns für den Ausbau der öffentlichen Leistungen und für die Reform der öffentlichen Verwaltung und des öffentlichen Dienstrechtes ein. Ohne öffentliche Leistungen ist der Grundwert sozialer Gerechtigkeit nicht zu verwirklichen.

Der Nachholbedarf bei der Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen und Leistungen ist in vielen Bereichen bewältigt. Um die großen öffentlichen Investitionen voll nutzen zu können, brauchen wir einen öffentlichen Dienst von hoher Qualifikation.

Die Verwaltung muß bürgernah und unbürokratisch geführt werden. Dabei sind bewährte Wege weiter zu beschreiten und neue Wege zu suchen. Der Ballung von Verwaltungsaufgaben an einzelnen Punkten muß entgegengewirkt, die Verwaltung muß zum Bürger hingebacht und die Selbstverwaltung der Bürger muß gestärkt werden.

Die eigene Initiative der Bürger muß in das staatliche Handeln einfließen. Wir brauchen mehr und bessere Information über die Leistungen der öffentlichen Verwaltung und wir brauchen mehr und bessere Beratung, wenn der Bürger die Leistungen in Anspruch nehmen will.

Die Verwaltung muß noch wirtschaftlicher geführt werden. Dazu gehören Wirtschaftlichkeitsrechnungen, Kosten-Nutzen-Analysen, Erfolgskontrollen, exaktes Rechnungswesen und elektronische Datenverarbeitung, moderne Organisation und Personalführung.

Bei der Diskussion um die beste Aufgabenerfüllung vieler öffentlicher Leistungen sind wir offen für alle wirtschaftlich und sozial sinnvollen Wege. Allein die besondere Art der Leistung darf darüber entscheiden, wer der geeignete Leistungsträger ist. Die Privatisierung staatlicher Leistungen wird heute von interessierter Seite als Allheilmittel empfohlen. Aber eine Privatisierung oder Kommerzialisierung staatlicher Leistungen ist nicht schon deshalb positiv, weil einige Interessengruppen sich davon Vorteile versprechen. Oft bestünde bei einer Privatisierung

die einzig wirksame Änderung im Abbau der strengen staatlichen Überwachung. Privatisierung scheidet als Lösungsmöglichkeit aus, wo sie neue soziale Randgruppen, neue Ungerechtigkeiten und neue Monopole schafft.

(5) Umweltschutz

Die Arbeit am Umweltschutz wird weitergeführt. Zu lange haben frühere CDU/CSU-Regierungen auf Kosten künftiger Generationen Raubbau an der Umwelt geduldet und uns auf diese Weise unbezahlte Rechnungen in Milliardenhöhe hinterlassen. Die wichtigsten Gesetze sind heute geschaffen. Jetzt kommt es vor allem auf einen vernünftigen und effizienten Vollzug an. Dazu gehören auch schärfere Strafbestimmungen gegen Umweltsünder.

Wir werden dafür eintreten, daß unser hoher Umweltschutz durch koordinierte Maßnahmen in den Nachbarländern abgesichert wird. Wir werden solche Technologien und Wirtschaftsbereiche verstärkt fördern, die mehr Umweltschutz und die Sicherheit der Arbeitsplätze miteinander verbinden.

Sozialdemokraten treten dafür ein, das Verursacherprinzip konsequent zum Vorsorgeprinzip auszubauen.

(6) Verkehrs- und Kommunikationssystem

In der Verkehrspolitik konzentrieren wir uns auf Schwerpunkte:

- Der öffentliche Nahverkehr steht auch in Zukunft im Vordergrund unserer Verkehrspolitik.
- Leitlinien des künftigen Bundesfernstraßenbaues sind Substanzerhaltung, Abbau von Unfall Schwerpunkten, Umweltschutz und die Anbindung der ländlichen, insbesondere der strukturschwachen Gebiete an die Verdichtungscentren.
- Die Deutsche Bundesbahn bleibt ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Verkehrssystems. Es gilt sie zu besserer Wirtschaftlichkeit zu führen; hierzu gehören Investitionen und Konzentration. Wir werden die Investitionen für die Deutsche Bundesbahn aus dem Verkehrshaushalt bis 1979 verdreifachen. Demgegenüber müssen Betriebssubventionen stärker abgebaut werden. Dabei darf die gemeinwirtschaftliche Aufgabenstellung der Bundesbahn nicht gefährdet werden. Die ländlichen und strukturschwachen Regionen müssen ausreichend mit Verkehrsangeboten versorgt bleiben.

Deutschland hat eines der leistungsfähigsten und modernsten Kommunikationsnetze der Welt. Dieser hohe Qualitätsstand muß auch in Zukunft erhalten bleiben. Deswegen müssen die Dienste des Post- und Fernmeldewesens entsprechend der kaufkräftigen Nachfrage und den technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten kontinuierlich ausgebaut und weiterentwickelt werden.

(7) Sportförderung

Sozialdemokraten werden nach den Maßstäben von Freiwilligkeit und Chancengleichheit der Sportler die bewährte Förderung fortsetzen. Im Mittelpunkt steht der Turn- und Sportverein. Um seine Leistungsfähigkeit sowie die der Sportverbände und Fachverbände zu verbessern, werden weiterhin große Anstrengungen unternommen, damit jeder Sportler entsprechend seiner persönlichen Entwicklung dort die Voraussetzungen für Freizeit, Breiten- und Leistungssport zu finden vermag.

Die SPD wird auf Bundesebene und in den von ihr regierten Bundesländern bemüht bleiben, die Voraussetzungen zum Breitensport für die Bürger aller Altersgruppen zu schaffen. Darauf sind die Fördermaßnahmen abzustellen mit dem Ziel, das Interesse des Bürgers für eine angemessene sportliche Betätigung zu wecken und zu befriedigen. Es wird das Bestreben der SPD bleiben, entsprechend der Zielsetzung „Sport

für alle“ jedem Bürger Sportmöglichkeiten anzubieten, die möglichst seinen Wünschen und Erwartungen entsprechen.

(8) Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt

Die **publizistische Meinungsvielfalt** muß gewahrt bleiben. Freiheit und Demokratie gibt es nur dort, wo freie Meinungsäußerung und freie Lebensentfaltung möglich sind.

Sozialdemokraten werden die wachsenden technischen Möglichkeiten neuer elektronischer Kommunikationssysteme, etwa des Kabelfernsehens, aufmerksam verfolgen.

Die Beschränkung von Funk und Fernsehen auf öffentlich-rechtliche Anstalten bietet allein die Gewähr dafür, daß diese Medien zu einer umfassenden Information und freien Meinungsbildung beitragen und nicht zum Sprachrohr einseitiger Interessen werden.

5. Den Rechtsstaat bewahren und ausbauen

5.1 Innere Freiheit und innere Sicherheit gehören zusammen

Das Grundgesetz gewährleistet jedem einzelnen Bürger in der Bundesrepublik mehr rechtsstaatliche Freiheiten als jemals eine frühere deutsche Verfassung. Diese Freiheiten haben Sozialdemokraten in ihrer langen Geschichte unter erheblichen Opfern erkämpft. Deshalb verteidigen wir unsere Verfassung entschlossen im Geist der Liberalität und Toleranz.

Den Rechtsstaat zu bewahren und auszubauen, unsere Rechtsordnung immer humaner und sozial gerechter auszugestalten und die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten ist Ziel unserer Politik.

Unsere demokratische Ordnung ist gefestigt, aber auch dynamisch genug, Angriffe auf die Grundlagen des Rechtsstaats mit verfassungsmäßigen Mitteln abzuwehren. Dazu hat auch die Arbeit aller sozialdemokratischen Justizminister von Gustav Heinemann bis Jochen Vogel beigetragen.

Wir bekennen uns zu einer wehrhaften Demokratie. Die Sozialdemokraten lassen sich jedoch nicht zu der falschen Alternative Freiheit oder Sicherheit verleiten. Sicherheit und Freiheit sind keine Gegensätze, sie bedingen einander. Je freier und unbefangener sich die demokratische Meinungs- und Willensbildung entfaltet, desto glaubwürdiger und wirksamer sind unsere Anstrengungen zum Schutze der inneren Sicherheit.

Auf dem Gebiet der allgemeinen Kriminalität haben sich die Sozialdemokraten nie mit der Verfolgung und Ahndung bereits begangener Verbrechen begnügt. Wir fragen nach den Ursachen der Kriminalität und sehen deshalb in einer besseren Ursachenforschung einen wichtigen Beitrag zum Schutz des Bürgers. Das Verbrechen muß durch gezielte Maßnahmen der Gesellschaftspolitik, vor allem der Sozial-, Jugend- und Familienpolitik, schon im Entstehen bekämpft werden.

Dessenungeachtet verlangt die innere Sicherheit Gesetze, eine Polizei und Justiz, die ihren Aufgaben voll gerecht werden.

5.2

Leistungen für die innere Sicherheit

(1) Die sozialliberale Koalition hat die Instrumente zur Aufklärung von Verbrechen wesentlich verbessert:

- Durch den **Ausbau des Bundeskriminalamtes** entscheidende Fahndungs- und Aufklärungserfolge:
Kern der terroristischen Baader-Meinhof-Vereinigung und der „Bewegung 2. Juni“ in Haft.

Seit 1969 Finanzmittel des Bundeskriminalamtes von 22,4 Mio. DM auf 130,9 Mio. DM (1975), die Personalstellen von 933 auf 2237 (1975) angehoben.

Mit einer Spezialabteilung zur Terrorismusbekämpfung kann das Bundeskriminalamt jetzt die Ermittlungen und die Aufklärung terroristischer Aktivitäten zentral steuern.

Im übrigen: **Die Aufklärungsquote bei schwerer Kriminalität** liegt in der Bundesrepublik bei 98%.

- Durch **Straffung und Beschleunigung** der Strafverfahren schnellere Ahndung von Verbrechen.
- **Internationale Zusammenarbeit** verstärkt zur übergreifenden Fahndung nach Gewalttätern und zur Schaffung verbesserter Auslieferungsbedingungen.

(2) Neuen Herausforderungen wurde mit neuen Gesetzen geantwortet:

- Gesetz zur Bekämpfung der **Wirtschaftskriminalität**.
- Das kommende **Umweltstrafrecht** schützt die Lebensgrundlagen Wasser, Luft, Boden (z. B. gegen Giftmüllsünder).
- **Geiselnahme und Luftpiraterie** als neue Straftatbestände ins Strafbuch aufgenommen.
- Kriminelles Zusammenwirken von einzelnen Anwälten und Terroristen in der Untersuchungshaft ist unterbunden worden.

Übertriebene und der Liberalität unseres Staates abträgliche Forderungen der CDU/CSU-Opposition wurden abgewehrt.

(3) Vorbeugende Verbrechensbekämpfung ist wichtig:

Mit der Reform des Strafvollzugs ist ein bedeutsamer Schritt zur Verhinderung von Rückfallkriminalität durch Bemühen um eine wirksame und dauerhafte Wiedereingliederung des Straftäters in die Gemeinschaft getan.

(4) Gesetz über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten:

Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz, wenn Täter nicht ermittelt oder zahlungsunfähig.

5.3

Innere Sicherheit – kein Thema für Angst- und Panikmache

(1) **Der Bürger erwartet zu Recht Schutz vor Verbrechen und die rechtsstaatliche Gewährleistung seiner Grundrechte. Die SPD steht dafür ein.**

Die CDU/CSU mißbraucht das berechnete Verlangen unserer Bürger nach innerer Sicherheit für ihr Geschäft mit der Angst. Politisch motivierte Kriminalität muß unter voller Ausschöpfung aller rechtsstaatlichen Mittel bekämpft werden. Dieser Kampf kann aber nur erfolgreich sein, wenn freie Diskussionen in einer liberalen Atmosphäre immer aufs neue alle ins Unrecht setzt, die anderen ihre Meinung durch Terror aufzwingen wollen. Nur in einer solchen Atmosphäre besteht eine Chance, potentielle Sympathisanten an die freiheitlich-demokratische Ordnung zu binden und wirkliche Sympathisanten zum Umdenken zu veranlassen.

(2) Freiheit und Liberalität auch im öffentlichen Dienst.

Der freiheitliche, demokratische und soziale Rechtsstaat erwartet zu Recht von den Angehörigen des öffentlichen Dienstes, daß sie sich aktiv für unsere freiheitliche Grundordnung einsetzen. Wer diese Grundordnung bekämpft, kann nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt werden.

Die Bundesregierung hat deshalb 1972 den Versuch der Ministerpräsidenten der Länder mitgetragen, ein einheitliches Verwaltungshandeln in der Feststellung der Verfassungstreue im einzelnen Falle herzustellen. Der Versuch ist gescheitert. Deshalb hat die Bundesregierung und die sozialliberale Mehrheit im Bundestag eine rechtsstaatlich einwandfreie gesetzliche Lösung beschlossen, die jedoch durch die CDU/CSU-Opposition im Bundesrat verhindert wurde.

Wir Sozialdemokraten werden in der Richtung weitergehen, die in der Entschließung des Bundestages vom 24. Oktober 1975 aufgezeigt worden ist.

In den CDU/CSU-regierten Ländern wird die Ministerpräsidentenabsprache weiter angewandt, und zwar in einer Weise, die in Gesinnungsschnüffelei und politische Kriminalisierung von Andersdenkenden ausartet. Die Gefahr besteht, angepaßte Mitläufer zu erziehen. Wir Sozialdemokraten dagegen wollen den aktiven, selbstbewußten Staatsbürger. Deshalb haben wir auf dem Mannheimer Parteitag Grundsätze beschlossen, die für Sozialdemokraten in Bund und Ländern und Gemeinden verbindlich sind. Der Ministerpräsidentenbeschluß aus dem Jahre 1972 ist für uns gegenstandslos.

6. Öffentliche Finanzen

6.1 Gerechte Steuern und solide Finanzierung der öffentlichen Leistungen für den Bürger

Sozialdemokratische Finanz- und Steuerpolitik erfüllt drei Aufgaben:

(1) Die staatlichen Leistungen, z. B. für die innere und äußere Sicherheit, für das Netz sozialer Sicherung und für andere konkrete Verbesserungen für den Bürger werden weiterhin solide finanziert.

(2) Die Finanzpolitik muß die gesamtwirtschaftlichen Ziele: Vollbeschäftigung, Preisstabilität und Wachstum voll unterstützen. Sozialdemokraten haben 1967 Instrumente für eine moderne Stabilitäts- und Wachstumspolitik eingeführt.

(3) Wir Sozialdemokraten halten die Steuerpolitik auch für ein notwendiges Instrument, um zu einer sozial gerechteren Verteilung zu kommen.

6.2 Unsere Finanzpolitik hat sich bewährt

(1) Was der Bundeshaushalt für den Bürger leistet und wie die Leistungen gestiegen sind.

Einige Beispiele:	1966	1975
	– in Mrd. DM –	
Zuschüsse zur Sozialversicherung	9,2	18,9
Kindergeld und Kinderfreibeträge	6,6	12,9
Bundesbahn	2,8	8,6
Bundespost	0,8	2,0
Leistungen an die Europäische Gemeinschaft (nach Abzug der Erstattungen)	0,2	3,7
Agrarpolitik	3,2	4,4
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	0,7	2,5
Straßenbau	3,3	6,8
Forschung und Technologie	1,2	4,9
Bildung und Berufsbildung	0,7	4,2
Bundesausbildungsförderungsgesetz	—	1,7
Regionale Förderung zuzüglich Steuerverzicht	0,6	2,9
Spar- und Bausparförderung	1,5	4,9
Bundeswehr	18,5	32,1
Berlin	2,0	5,9
Wohnungs- u. Städtebaupolitik	0,9	5,0

(2) Sozialdemokratische Finanzpolitik hat sich bis zum Ausbruch der weltweiten Rezession dadurch ausgezeichnet, daß sie ihre **steigenden Aufgaben fast vollständig aus den Steuereinnahmen finanziert** hat.

	Nettokredit- aufnahme in Mrd. DM	Konjunktur- rücklagen*) in Mrd. DM	Saldo
1970	1,1	1,5	+ 0,4
1971	1,4	1,0	– 0,4
1972	4,0	–	– 4,0
1973	2,7	3,7	+ 1,0
	9,2	6,2	– 3,0

*) inkl. Stabilitätsanteile

In den ersten vier Jahren unserer Finanzpolitik stehen 9,2 Milliarden DM Nettokreditaufnahme 6,2 Milliarden DM Rücklagen gegenüber. Das ist der Beweis für unsere solide Politik. Wir haben nicht über unsere Verhältnisse gelebt.

Wenn 1974 die Nettokreditaufnahme 9,4 Milliarden DM und 1975 30 Milliarden DM beträgt, so spiegelt diese Entwicklung die weltweite Rezession wider. Wir haben diese Defizite bewußt hingenommen. Sie waren eine zentrale Voraussetzung für die Finanzierung unserer Konjunkturprogramme und den Erhalt unseres Netzes der sozialen Sicherheit. Sie haben den Konjunkturaufschwung möglich gemacht.

(3) Wir haben 1973 und 1974 durch eine Begrenzung der Ausgaben, durch die Geld- und Kreditpolitik und durch sonstige finanzpolitische Maßnahmen für die heutige Stabilität der Preise gesorgt. Seit Herbst 1974 dient die Finanzpolitik der Sicherung von Arbeitsplätzen. Heute wird der Erfolg unserer Politik zur Ankurbelung der Konjunktur von niemandem mehr bezweifelt.

(4) Die durch die Weltwirtschaftskrise unausweichlich gewordenen Lasten haben wir so ausgewogen wie möglich auf die Schultern aller verteilt. Wir haben dabei die öffentlichen Finanzen fest in den Griff

genommen und die Finanzplanung des Bundes für 1976–1979 gekürzt. Außerdem haben wir durch das Haushaltsstrukturgesetz von 1976 bis 1979 beim Bund 22 Milliarden DM eingespart.

(5) Die **Finanzkraft von Ländern und Gemeinden** ist gestärkt worden, wie die folgende Tabelle der Steuereinnahmen zeigt:

	1966 in Mrd. DM	1975 in Mrd. DM	Zuwachs in %
Bund	62	119	+ 92
Länder	34	82	+ 140
Gemeinden	14	34	+ 139
insgesamt	110	235	+ 114

Darüber hinaus beteiligt sich der Bund finanziell an den Aufgaben von Ländern und Gemeinden, z. B. bei der Krankenhausfinanzierung und im Hochschulbau, beim Wohnungsbau und im öffentlichen Nahverkehr.

(6) Durch die Steuer- und die Kindergeldreform sind die unteren und mittleren Einkommen um rd. 15 Mrd. DM entlastet worden.

Die Steuerreform insgesamt, insbesondere die Vermögen- und die Erbschaftsteuerreform haben die Besteuerung gerechter und sozialer gemacht.

6.3 Sozialdemokratische Finanzpolitik – damit die öffentlichen Leistungen für den Bürger gesichert werden und die Vollbeschäftigung erreicht wird

Hans Apel und die sozialliberale Bundesregierung haben im Gegensatz zu früheren CDU/CSU-Regierungen rechtzeitig gesagt, was zur soliden Finanzierung der staatlichen Aufgaben in Zukunft notwendig ist. Die jetzige Bundesregierung hat dies vor der Wahl gesagt: Die Mehrwertsteuer soll maßvoll erhöht werden.

Die CDU/CSU lehnt dies aus durchsichtigen wahltaktischen Gründen ab. Gleichzeitig fordert sie aber, die Kreditaufnahme zu senken. Außerdem tritt sie noch für beträchtliche Steuersenkungen bei den Unternehmen und anderswo ein.

Da diese Rechnung insgesamt nicht aufgeht, kann das nur heißen: Die CDU/CSU will in unser Netz sozialer Sicherung hineinschneiden.

Wir Sozialdemokraten werden das nicht zulassen. Wir sichern das Netz der sozialen Sicherung. Und wir sagen ehrlich: Wegen der notwendigen Ausgaben, z. B. für die soziale Sicherung, für die Bildungspolitik, für Europa, für die Sparförderung, für die Landwirtschaft und für die Modernisierung unserer Volkswirtschaft, bleibt – dabei haben wir natürlich den konjunkturellen Anstieg der Staatseinnahmen eingerechnet – die vom Bundestag beschlossene Steuererhöhung notwendig.

Die von der SPD geführte Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode zum erstenmal eine wirkliche Reform des Steuersystems durchgeführt. Jetzt gilt es zu prüfen, wo noch ergänzende Verbesserungen erfolgen müssen. Die Steuerverwaltung wird auf mehr Steuerehrlichkeit und damit mehr Steuergerechtigkeit achten müssen.

Durch die Finanzreform des Jahres 1970 haben sich die Unterschiede in der Finanz- und Leistungskraft der einzelnen Bundesländer deutlich vermindert. Dies ist den strukturschwachen Ländern zugute gekommen.

Eine weitere Angleichung der Wirtschafts- und Finanzkraft in den verschiedenen Teilen der Bundesrepublik wird auch zukünftig Ziel sozialdemokratischer Politik sein.

Zwei Drittel aller Investitionen und wichtige bürgernahe Dienstleistungen werden von den Gemeinden erbracht. Ihre Finanzkraft muß im Einklang mit der Bedeutung ihrer Aufgaben stehen.

Wir leisten auch erhebliche finanzielle Beiträge für die Europäische Gemeinschaft, z. B. über 3 Mrd. DM aus der Mehrwertsteuer des Bundes. Wir Sozialdemokraten werden unserer Verantwortung für Europa auch zukünftig gerecht werden. Deshalb müssen wir dem deutschen Steuerzahler auch in Zukunft Opfer zugunsten der Gemeinschaft und zugunsten einzelner Partnerstaaten zumuten. Wir können dies verantworten, weil Europa auch für uns mehr Sicherheit und mehr Wohlstand bewirkt. Unsere finanziellen Leistungen stehen dabei unter der Voraussetzung: Sie müssen Fortschritte für die Europäische Gemeinschaft bewirken und ihren Zusammenhalt festigen. Dazu bedarf es auch eigener Anstrengungen in den Partnerstaaten, um ökonomische und soziale Probleme abzubauen.

7. Europapolitik

7.1 Die deutschen Sozialdemokraten haben in Europa eine besondere Verpflichtung

Wir Sozialdemokraten haben uns immer vom Grundsatz leiten lassen, daß der Nationalstaat allein Frieden und Wohlstand nicht garantieren kann. Dies ist nur in einer Gemeinschaft möglich, die nationale Grenzen überschreitet. Vor 50 Jahren, im Heidelberger Programm, hat sich die SPD zum Vereinigten Europa bekannt. Dort heißt es: „Die SPD tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.“

Auch heute gilt: Unsere wirtschaftliche Entwicklung, unsere außen- und sicherheitspolitischen Interessen und unsere Verantwortung für den Frieden verlangen ein einiges Europa.

Dieses Europa muß ein demokratisches und soziales Europa sein, in dem die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden. Die europäische Einigung soll den Menschen spürbare Ergebnisse bringen. So muß z. B. die gemeinsame Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik helfen, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Und die europäische Regionalpolitik, ein Beweis unserer Solidarität mit den ärmeren Regionen, soll die Ungleichheit der Lebensbedingungen abbauen.

7.2 Unsere Leistungen für den Aufbau und die Festigung der Europäischen Gemeinschaft

Die sozialdemokratischen Bundeskanzler haben tatkräftig dazu beigetragen, den Weg für den Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks zur Europäischen Gemeinschaft zu ebnen.

Die Bundesregierung hat entscheidend an wichtigen Schritten

- zur **inneren** Festigung,
- zur **Abwehr** der Weltwirtschaftskrise und
- zur Stärkung der Rolle Europas nach **außen**

mitgearbeitet.

Der **innere** Zusammenhalt wurde gefördert durch die Einsetzung des Europäischen Rats der Regierungschefs, die Verbesserung des Finanzgebarens innerhalb der Gemeinschaft und durch den Regionalfonds.

Nie war unser Verhältnis zu Frankreich so eng wie heute.

Die besondere Verantwortung der EG für die europäischen Nachbarländer haben wir stets ernstgenommen. Demgemäß hat sich die Bundesregierung nachdrücklich sowohl für das Zustandekommen der Freihandelsverträge mit den in der EFTA verbliebenen Staaten wie für die Ausgestaltung der Beziehungen der EG zu den südeuropäischen Staaten eingesetzt, von denen einige bedeutende Hilfeleistungen erhalten. Unsere Hilfen für Griechenland und Portugal fördern die demokratische Entwicklung dieser Länder und stärken über die bestehende Gemeinschaft hinaus Europa insgesamt.

Wir haben zur **Abwehr** der Weltwirtschaftskrise auf der Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Währungsfragen bestanden und haben damit Erfolg gehabt. Wir haben dazu einige Beiträge geleistet, zum Beispiel feste Wechselkurse innerhalb der sogenannten „Schlange“, die Export und Import der beteiligten EG-Staaten entscheidend fördern. Wir haben diesen Währungsverbund aufrechterhalten, als einige Mitgliedsstaaten unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise Schwierigkeiten hatten und zum Teil austraten. Wir haben unseren Partnern auch durch Kredite und Bürgschaften geholfen.

In der Weltpolitik spielt Europa zunehmend eine aktive Rolle. Die europäische politische Zusammenarbeit hat sich in der UNO, der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und der Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris bewährt.

Im Verhältnis Europas zur sogenannten Dritten Welt wurde mit dem Abschluß eines Abkommens mit 46 Entwicklungsländern aus Afrika, der Karibik und des Pazifiks ein neuer Markstein gesetzt. Der besonderen Bedeutung des Mittelmeerraumes für Europa wurde durch Abkommen mit den westarabischen Staaten und Israel Rechnung getragen. Abkommen mit weiteren Anrainern werden folgen.

7.3 Unser Programm für Europa

Wir wollen die europäische Einigung. Die europäischen Institutionen funktionieren noch nicht befriedigend. Dies kann die europäische Einigung gefährden. Es kommt deshalb zunächst darauf an, durch weitere kleine, aber konkrete Schritte Bestehendes zu verbessern. Wir Sozialdemokraten sind für:

- Direktwahlen zum Europäischen Parlament ab 1978 und Ausweitung der Befugnisse des Europäischen Parlaments. Für dieses neue Europäische Parlament werden sich bewährte sozialdemokratische Politiker bewerben.
- Straffung der Entscheidungsprozesse in den europäischen Gremien.
- Stärkung der außenpolitischen Zusammenarbeit, damit die Europäische Gemeinschaft nach außen in immer mehr Bereichen mit einer Stimme spricht.
- Wir treten auch zukünftig mit Nachdruck für eine wirksame Abstimmung der Wirtschafts-, Finanz-, Beschäftigungs- und Währungspolitik ein, damit in Europa Vollbeschäftigung und Stabilität besser verwirklicht werden als bisher. Diese Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der neun Mitgliedsstaaten ist durch die Weltwirtschaftskrise noch viel wichtiger geworden als bisher.
- Überprüfung der Grundlagen der gemeinsamen Agrarpolitik, die sowohl der ausreichenden Versorgung mit Ernährungsgütern zu angemessenen Preisen als auch der Sicherung des landwirtschaftlichen Einkommens dienen soll. Die Vernichtung und Verschleuderung von überschüssigen Agrarprodukten zum Zweck der landwirtschaftlichen Einkommenssicherung ist verwerflich und wird als ungeeignetes Mittel für die notwendige Fortentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik verurteilt.

● Wo wir meinen, Beispielhaftes geleistet zu haben, z. B. beim Ausbau unseres sozialen Netzes, beim Umweltschutz, bei der Mitbestimmung, werden wir dafür eintreten, daß diese Ziele auch die Gemeinschaftspolitik immer mehr beeinflussen.

Wir Sozialdemokraten werden auch in Zukunft darauf achten, daß europäische Fehlentwicklungen vermieden werden. Wir werden uns auch von europäischen Sonntagsrednern nicht davon abbringen lassen, Ungereimtheiten und Verschwendung bei den europäischen Einrichtungen zu bekämpfen und schädliche Rückwirkungen von unserem Land abzuhalten.

Die Europäische Gemeinschaft muß offen sein für die Länder, die sich zur Demokratie hin entwickeln.

Wir begrüßen den Beitrittsantrag Griechenlands.

Wir begrüßen die Fortschritte bei der Entwicklung demokratischer Verhältnisse in Portugal, zu der die europäische Sozialdemokratie ihren Beitrag geleistet hat.

In Spanien zeichnen sich Reformen des politischen Lebens ab. Wir erwarten, daß die demokratischen Kräfte in Spanien in diesem Prozeß beschleunigt den ihnen zustehenden Platz erhalten.

Die Zusammenarbeit der Sozialdemokraten in Europa hat die Demokratisierungsprozesse in den zuvor genannten Ländern erleichtert. Dagegen steht die doppelbödige Haltung der CDU/CSU. Sie gibt sich heute als Beschützer des demokratischen Europas aus; noch vor kurzem hofierte sie aber das Franco-Regime in Spanien, die Diktatur in Portugal und das Regime der Obristen in Griechenland.

Wo in Europa die Sozialdemokraten überholte konservative Systeme ablösen, dort schöpfen die Menschen Hoffnung auf eine soziale und demokratische Entwicklung.

Und sie identifizieren sich mit dem freiheitlichen Staat.

In Ländern, in denen grundlegende Reformen in Staat und Gesellschaft zur rechten Zeit versäumt oder verhindert worden sind, haben die Kommunisten zunehmend an Boden gewonnen. Starke sozialdemokratische Parteien und ihre Arbeit für Freiheit und Gerechtigkeit sind die beste Gewähr gegen den Kommunismus.

Mit Bundeskanzler Helmut Schmidt haben wir Deutschen einen Regierungschef, der das Wohl unseres Landes mit dem Europas verbindet, nüchtern **und** mit Perspektive. Wenn Vision und Nüchternheit die weitere Entwicklung prägen, dann wird die europäische Einigung langsam, aber sicher Erfolg haben.

8. Für eine Politik der aktiven Friedenssicherung und Verständigung

Jede von Sozialdemokraten geführte Regierung wird die Politik der aktiven Friedenssicherung und Verständigung fortsetzen. Der Friede ist kein Zustand: Er muß täglich neu gestiftet werden.

8.1 Zur Politik der Friedenssicherung gibt es keine Alternative

Auf die Frage, ob die weltweite Entspannungspolitik zu Ende sei, antworten wir Sozialdemokraten klar mit „Nein“. Es gibt keine Alternative zur Entspannungspolitik. Entspannung ist keine Modeangelegenheit, sondern Ausdruck eines lebenswichtigen Interesses.

An der Notwendigkeit, einen dritten Weltkrieg zu vermeiden, hat sich nichts geändert. Wir leisten unseren Beitrag zu dieser Politik auf der

Basis eigener Sicherheit, im Rahmen eines weltweiten strategischen Gleichgewichts und in enger Abstimmung mit den Verbündeten.

Überall, wo es gelungen ist, Probleme durch Verträge zu regeln, ist Spannung gemindert und sind Interessen ausgeglichen worden. In Europa hat dieser Weg sichtbare Erfolge gebracht.

Die Außenpolitik Willy Brandts und Helmut Schmidts hat uns Vertrauen in aller Welt gewonnen. Unser Ansehen ist beträchtlich gewachsen, unser Rat gesucht, unser Beispiel gefragt. Die Bundesrepublik Deutschland ist heute in den Vereinten Nationen, in der Atlantischen Gemeinschaft, in der Europäischen Gemeinschaft und in zahlreichen internationalen Organisationen ein geachteter und mitentscheidender Partner.

Ohne diese Politik der Verständigung hätte die Bundesrepublik außenpolitisch keinen ausreichenden Handlungsspielraum gewinnen können. Die Politik der CDU/CSU hätte unser Land in eine ausweglose, gefährliche Isolation getrieben.

Sie hat in ihrer Mehrheit fast alle der mit dem Osten geschlossenen Verträge sowie unseren UNO-Beitritt und die KSZE-Konferenz von Helsinki abgelehnt.

8.2 Unsere Sicherheit und der Frieden sind gestärkt worden

(1) Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat die Westpolitik der Bundesrepublik Deutschland durch eine Politik des Ausgleichs gegenüber dem Osten ergänzt. Sie hat nach der Phase des kalten Krieges den Boden zur Aussöhnung mit dem Osten bereitet und damit der deutschen Außenpolitik entscheidenden Spielraum gewonnen.

Die Verträge von Moskau und Warschau haben unser Verhältnis zu den östlichen Nachbarn normalisiert. Sie waren Voraussetzung für das Viermächteabkommen über Berlin, den Grundlagen-Vertrag mit der DDR, das Abkommen mit der CSSR, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ungarn und Bulgarien und für unseren Beitritt zu den Vereinten Nationen.

Durch diese Politik der Verträge hat die Bundesrepublik den erfolgreichen Abschluß der Konferenz von Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gefördert.

Sie hat dadurch auch die Möglichkeit, die deutschen Interessen bei dem Bemühen um eine militärische Entspannung in Europa zur Geltung zu bringen. Das Engagement der USA in Europa ist durch die Konferenz von Helsinki auch von der Sowjetunion anerkannt worden.

(2) Die Erfolge dieser Verträge für unser Land bestehen darin, daß

- sie für die Menschen in beiden deutschen Staaten Erleichterungen bringen und Begegnungen mit den Bürgern osteuropäischer Staaten im Sport, in der Kultur und im Reiseverkehr fördern;
- von 1970 bis heute ca. 150 000 Deutsche aus Polen und anderen osteuropäischen Staaten ausreisen konnten. Aus Polen können weitere 125 000 in den nächsten vier Jahren zu uns kommen;
- die wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärkt wurde und damit unsere Arbeitsplätze sicherer werden.

Der Export in Ostblockstaaten ist von 5,4 Mrd. DM in 1970 auf 17,4 Mrd. DM in 1975 gestiegen.
Dadurch sichern wir mehr als 300 000 Arbeitsplätze;

- zum ersten Male auf militärischem Gebiet Ansatzpunkte des Vertrauens geschaffen wurden, z. B. durch gegenseitige Manöveranzeige und Manöverbeobachtung.

(3) Die Rolle der Bundesrepublik im Nordatlantischen Bündnis ist gewachsen. Die Bundeswehr ist zu einer modernen Verteidigungsarmee ausgebaut worden. Ausbildung und Ausrüstung sind modern, sie waren nie besser. Durch die neue Wehrstruktur und die Grunderneuerung von Waffen und Ausrüstung ist ihre Verteidigungskraft stärker als zuvor. Die allgemeine Wehrpflicht ist dank unserer Politik nicht mehr umstritten. Die sozialen Leistungen für die Wehrpflichtigen sind besser denn je. Die Bundeswehr ist – ohne Erziehung zum Haß und ohne Feindbilder – eine gute, kampffähige Armee. Sie wird vom Vertrauen unserer Bürger und unserer Verbündeten getragen. Unter Georg Lebers Führung leistet sie einen allseits anerkannten, unverzichtbaren Beitrag zur militärischen Balance.

Die Gefahr eines Krieges ist verringert worden.

Die Entspannungspolitik auf der Basis eines militärischen Gleichgewichts ist ohne Alternative. Dies ist die einheitliche Politik des Westens.

Unsere Leistung ist, daß

- die Bundesrepublik zum ersten Mal mit 36 Brigaden ihren vollen Bündnisbeitrag erbringt,
- die Bundeswehr mit 495 000 Soldaten erstmals ihren vorgesehenen Friedensumfang erreicht hat,
- die Wehrpflicht auf 15 Monate verkürzt und der Wehrsold erhöht wurde,
- jeder Wehrpflichtige monatlich 50 DM Sparprämie zur Sparförderung erhält,
- der Soldatenberuf heute wesentlich attraktiver und der Anteil der längerdienenden Soldaten sehr gestiegen ist,
- durch die Gründung von zwei Bundeswehr-Hochschulen in München und Hamburg und durch das Fachschulkonzept Unteroffiziere und Offiziere ein Höchstmaß an auch zivil nutzbarer Ausbildung und damit an sozialen Aufstiegsmöglichkeiten erhalten,
- ein fruchtbarer Dialog zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften begonnen hat.

(4) 1975 war ein Jahr des Rekordes unserer Hilfe an Entwicklungsländer und ein Jahr des Rekordes unserer Exporte in diese Länder.

Unsere Exporte in Entwicklungsländer haben sich von 1971 bis 1975 mehr als verdoppelt. 500 000 Arbeitsplätze hängen heute vom Export in Entwicklungsländer ab.

8.3

Sicherheit und Wohl unseres Landes verlangen, die aktive Friedenssicherung fortzusetzen

Wir Sozialdemokraten werden uns in den kommenden Jahren in Kontinuität für folgende Ziele in der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen:

(1) Festigung des Zusammenhalts zwischen den Staaten des Atlantischen Bündnisses und die Erhaltung ihrer Verteidigungsfähigkeit.

Einige Bündnispartner der NATO befinden sich heute in einer schwierigen Lage. Dies ist weniger bedingt durch Einwirkung des Ostens als vielmehr die Folge wirtschaftlicher Schwächen und sozialer Probleme dieser Länder.

Die Antwort auf diese Probleme muß sein, durch eine gerechte und solidarische Reform-, Sozial- und Wirtschaftspolitik unsere demokratische Lebensform zu bewahren und weiter zu gestalten.

Die Bundeswehr bleibt fest im NATO-Bündnis verankert. Unsere Soldaten leisten für die Sicherung des Friedens in Europa einen bedeutenden Beitrag. Wir erbringen diese Leistung in der Erwartung, daß alle europäischen Bündnispartner ihren Anteil an den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen übernehmen.

Die Freundschaft und Zusammenarbeit mit den USA und Kanada ist dabei für Westeuropa und besonders für unser Land lebenswichtig.

(2) Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt und der Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa.

Nur durch die Politik der Sicherung des Friedens bleibt dem deutschen Volk die Hoffnung, auch sein Recht auf Selbstbestimmung sichern zu können.

Zu einer solchen Politik gehört:

- Die Absichtserklärungen der KSZE-Schlußdokumente von Helsinki müssen im Verhalten der Staaten und durch konkrete Absprachen und Abkommen in die Tat umgesetzt werden. Im Vordergrund sollte dabei die Verbesserung der persönlichen Beziehungen zwischen den Menschen stehen.

- Die im Schlußdokument von Helsinki aufgezeigten Möglichkeiten einer engen Zusammenarbeit in den Fragen der industriellen Kooperation, der Technologie und Forschung, des Umweltschutzes, des Verkehrs und Gesundheitswesens müssen verwirklicht werden.

Bei der positiven Weiterentwicklung unserer Ostbeziehungen ist die Balance der Interessen eine wichtige Voraussetzung für eine nützliche Partnerschaft. Dies dient auch den Interessen Berlins.

- Wir fordern, daß die Grenzen für den Tourismus, für kulturelle, wissenschaftliche und sportliche Kontakte noch durchlässiger werden und daß es zu einer verbesserten wechselseitigen Information über wesentliche Gebiete des öffentlichen und sozialen Lebens kommt. Eheschließungen zwischen Menschen verschiedener Völker sollten von Hemmnissen staatlicher Bürokratie befreit werden.

- Die Wiener Verhandlungen über ausgewogene beiderseitige Truppenreduzierungen (MBFR) und die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffensysteme müssen zügig fortgeführt und zu einem baldigen erfolgreichen Abschluß gebracht werden.

- Wir Sozialdemokraten halten fest an unserer Politik der Beschränkung des Rüstungsexports.

- Die Nichtverbreitung von Kernwaffen muß durch ein striktes und universal durchgesetztes Verbot auf der Grundlage der bestehenden Verträge gesichert werden. Unser Appell richtet sich auch an die Nuklearmächte.

- Wir halten die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten – trotz der notwendigerweise andauernden ideologischen Auseinandersetzungen – für nützlich und für verbesserungsfähig. Eine Ausweitung der Entspannungspolitik durch zusätzliche Verträge dient dem Weltfrieden, denn sie schränkt Expansionismus und Rüstungswettlauf zwischen den Mächten ein. Sie dient auch der beiderseitigen wirtschaftlichen Entwicklung. Sie dient dem Wohlergehen der Menschen auf beiden Seiten, wenn dabei die militärische Balance nicht gefährdet wird.

- Baldige Fortschritte auf dem Wege zu einer umfassenden Lösung des Nahost-Konflikts sind dringend notwendig. Unsere Politik der Ausgewogenheit in den Beziehungen zu **allen** Staaten des Nahen Ostens muß unverändert auf den Prinzipien beruhen, die in der gemeinsamen Erklärung der EG vom 6. November 1973 zum Ausdruck gebracht worden sind. Das heißt: Das Lebensrecht Israels in sicheren und anerkannten Grenzen muß garantiert werden. Die legitimen Rechte der arabischen Staaten und Völker im Nahen Osten einschließlich des palästinensischen Volkes müssen jedoch berücksichtigt werden.

(3) Wie die Entspannungspolitik zwischen Ost und West, dient auch der **Ausgleich zwischen Nord und Süd** der Sicherung des Weltfriedens. Sozialdemokratische Regierungspolitik wird sich weiterhin darum bemühen, daß die Bundesrepublik das im Rahmen der 2. UN-Entwicklungsdekade aufgestellte Ziel erreicht.

Wer den Frieden sichern will, muß auch für die wirtschaftliche Entwicklung und politische Unabhängigkeit der Entwicklungsländer eintreten. Durch partnerschaftliche Zusammenarbeit wollen wir das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen reichen und armen Ländern verringern.

(4) Als eines der größten Handelsländer der Welt hat die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren bei der schrittweisen Umgestaltung der internationalen **Wirtschafts- und Währungsordnung** führend mitgewirkt.

Die offenen Fragen der Weltwirtschaftsordnung sind durch gleichberechtigte Zusammenarbeit zu lösen, was nicht bedeutet, daß wir vitale eigene Interessen aufs Spiel setzen. Wir treten für einen fairen Ausgleich zwischen unseren eigenen Interessen und den Interessen der Entwicklungsländer ein. Im Dialog zwischen den rohstoffproduzierenden und den rohstoffverbrauchenden Ländern wird dies deutlich.

Seit 10 Jahren haben Sozialdemokraten die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland entscheidend beeinflußt und bestimmt. Diese Zeit großer Erfolge hat unserem Land viele Freunde und hohes Ansehen gebracht.

Auf diesem Wege soll es weitergehen.

9. Deutschland- und Berlinpolitik

9.1 Wir bekennen uns zur Verantwortung vor der gesamten Nation

Trotz der Zweiteilung unseres Landes und Europas leben wir Deutschen in der längsten Friedensperiode des Jahrhunderts.

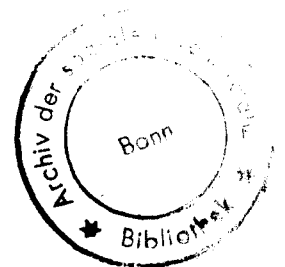
Ungeachtet der Gegensätze zwischen den beiden Staaten in Deutschland gibt es im Interesse der Deutschen und der Europäer zum friedlichen Miteinander keine Alternative. Die einstige Politik der Stärke, mit der uns die Wiedervereinigung versprochen wurde, ist gescheitert.

Die DDR verstößt vielfältig gegen Menschenrechte, vor allem an der Grenze. Gerade deswegen sind Verhandlungen notwendig und ist der Grundlagenvertrag eine unerläßliche Voraussetzung, um die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten Schritt für Schritt zu normalisieren und die Abgrenzung wieder durchlässiger zu machen.

Wo früher überhaupt keine Beziehungen mehr bestanden und nur Feindseligkeit herrschte, muß ein geregeltes Miteinander und ein versachlichtes Nachbarschaftsverhältnis angestrebt werden.

Die Erhaltung des Friedens in Mitteleuropa und die Zunahme der Verbindungen erfordern die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.

Nur die Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion und zur DDR bei Wahrung unserer Interessen ermöglicht die Ausweitung innerdeutscher Kontakte und die Stabilisierung der Position West-Berlins. Wer die gescheiterte „Politik der Stärke“ aufleben lassen will, gefährdet den mühseligen Weg der tatsächlichen Erleichterungen für die Menschen und riskiert die Rückkehr zu Zuständen des kalten Krieges.



Es gilt, neben den Gegensätzen zwischen beiden deutschen Staaten auch die Gemeinsamkeiten hervorzuheben: Sprache und Geschichte sind verbindende Glieder. Realität und die Notwendigkeit, auch Kompromisse zwischen unterschiedlichen Interessen zu finden, das Bemühen um zunehmende Normalität in den Beziehungen und um die Erweiterung der Kontakte zwischen den Deutschen hilft, nationale Substanz zu bewahren, und dient der Friedenssicherung.

9.2 Erfolge, die sich für jeden Deutschen auszahlen

Wer an der Politik der Normalisierung rühren will, der muß wissen, was er aufs Spiel setzt, der sollte sich erinnern, was früher unter CDU/CSU-geführten Regierungen war:

- z. B. fortwährende und schärfer werdende Konflikte in und um Berlin,
- z. B. Störungen der Zufahrtswege mit kilometerlangen Autoschlangen,
- z. B. ständig weniger Kontakte zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands, Gezerre um minimale Besuchsregelungen.

Unsere Politik, die Stellung Berlins zu festigen und durch menschliche Erleichterungen die Härten der Teilung Deutschlands zu mildern, führte in geduldigen, zähen Verhandlungen zu entscheidenden Ergebnissen. Diese Ergebnisse zugunsten der Menschen gilt es sachlich festzuhalten:

(1) Das **Viermächteabkommen** vom 3.9.1971 sichert die Freiheit Berlins. Es bestätigt die Präsenz der Drei Mächte ebenso wie die engen Bindungen Berlins an den Bund, garantiert die Lebensfähigkeit der Stadt und entschärft einen gefährlichen Krisenherd Europas.

(2) Der **Transitverkehr** von und nach Berlin läuft seit Inkrafttreten des Transitabkommens mit der DDR am 3.6.1972 reibungslos. Bis einschließlich Dezember 1975 reisten 48,9 Mio. Westdeutsche und Westberliner im Transit. Das sind 82,6% mehr als im entsprechenden Zeitraum vor dem Transitabkommen. Heute reisen täglich 37 000.

(3) Die vielfältigen **Förderungsmaßnahmen des Bundes für Berlin** haben dazu geführt, daß die wirtschaftliche Entwicklung Berlins mit der Entwicklung im Bundesgebiet Schritt halten kann. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der hinter uns liegenden Rezession waren in Berlin sogar geringer als im Bundesgebiet. So lag die Arbeitslosenquote in Berlin 1975 mit 3,7% deutlich unter der durchschnittlichen Arbeitslosenquote des Bundesgebietes von 4,7%.

Bundeskanzler Helmut Schmidt setzt sich im Rahmen der Berliner Wirtschaftsgespräche bei den westdeutschen Unternehmen und Gewerkschaften persönlich dafür ein, daß die wirtschaftliche Bilanz auch langfristig verbessert wird.

(4) **1975 reisten fast 8 Millionen aus der Bundesrepublik und Berlin** zum Besuch von Verwandten und Bekannten oder als Touristen in die DDR und nach Ost-Berlin. Im Jahr vor dem Verkehrsvertrag, 1971, waren es nur etwa 2,5 Millionen.

Die Zahl der PKW-Fahrten aus dem Bundesgebiet in die DDR stieg von 90 000 im Jahre 1971 auf 900 000 im Jahre 1975.

(5) **1,33 Mio. Rentner** aus der DDR besuchten die Bundesrepublik im Jahre 1975. Das waren rd. 300 000 mehr als 1971.

(6) 1971, vor Abschluß des Verkehrsvertrages, waren **Besuche** von DDR-Bürgern in der Bundesrepublik außerhalb des Rentenalters nicht möglich. Jetzt sind sie in dringenden Familienangelegenheiten erlaubt. Jährlich kommen seither etwa 40 000.

(7) Vom **grenznahen Verkehr** machten 1975 463 000 Personen Gebrauch, davon fast 90% mit PKW. Diese Reisemöglichkeit besteht erst seit Inkrafttreten des Grundlagenvertrages Mitte 1973.

(8) **Seit Januar 1971 können West- und Ostberliner wieder miteinander telefonieren.** Fast 19 Jahre lang gab es zwischen ihnen keine Telefonverbindung. Zur Zeit bestehen 719 Fernsprechleitungen zwischen dem Bundesgebiet und Berlin (West) einerseits sowie der DDR und Berlin (Ost) andererseits. Die Zahl der Telefongespräche in West-Ost-Richtung lag 1975 bei knapp 10 Mio.; noch 1969 waren es lediglich 0,5 Mio. Gespräche, davon kein einziges von West- nach Ost-Berlin (heute 5 Mio. Gespräche).

(9) Im **Postverkehr** ist die Zahl der verlorenen Sendungen zurückgegangen, z. B. bei Paketen auf die Hälfte.

(10) Im **Gesundheitsabkommen** vom 25. April 1974 geht es in erster Linie um die **medizinische und medikamentöse Hilfe und Betreuung bei Besuchen in der DDR**, die Inanspruchnahme von Spezialbehandlungen und Kuren sowie den Informationsaustausch bei Infektionskrankheiten.

(11) Vereinbarungen über den Sportverkehr zwischen dem Deutschen Sportbund (DSB) und dem Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB) der DDR vom 8. Mai 1974 ermöglichen **Sportbegegnungen** nach einem jährlich festgelegten Plan.

(12) Die **Verkehrsvereinbarungen** vom 19.12.1975 dienen der Verbesserung des Verkehrs von und nach Berlin. Z. B. werden Autobahnstrecken ausgebaut und neue Grenzübergänge geöffnet. Außerdem soll der Schienenverkehr nach Berlin verbessert und beschleunigt werden.

(13) Nach dem **Postabkommen** vom 30.3.1976 wird es im Postverkehr mit der DDR auch zukünftig keine Internationalisierung geben; die innerdeutschen Vereinbarungen haben Vorrang gegenüber internationalen Regelungen.

(14) Die **Grenzkommision** hat die Feststellung und Markierung der etwa 1393 km langen Grenze zur DDR bis auf wenige Abschnitte abgeschlossen. Zur Lösung praktischer Probleme, wie zum Beispiel der Schadensbekämpfung, der Instandhaltung von Grenzgewässern und der Wasserversorgung wurden mit der DDR Vereinbarungen getroffen, die sich bereits bewähren.

9.3

Die Politik der Normalisierung muß trotz aller Schwierigkeiten weitergehen

In Zukunft gilt es, auf diesen Erfolgen aufzubauen. Dies wird nur möglich sein, wenn weiterhin alles getan wird, um – gegen den Widerstand normalisierungsfeindlicher Kräfte in beiden deutschen Staaten – den mühevollen Prozeß einer Versachlichung und eines geregelten Miteinanders fortzusetzen. Aufbauend auf dem Grundlagenvertrag müssen weitere Abkommen und Vereinbarungen mit der DDR ausgehandelt werden. Wir bestehen darauf, daß geschlossene Verträge und Vereinbarungen erfüllt und nicht unterlaufen werden. Schritt für Schritt muß die Normalisierung so entwickelt werden, daß sich Mauer, Sperranlagen und Schießbefehl überleben werden.

Schwerpunkte unserer künftigen Aktivität werden sein:

1. Verbesserung der Kontakte durch Ausweitung des Reiseverkehrs zwischen beiden deutschen Staaten und durch erweiterten Austausch von Informationen und Meinungen; außerdem Familienzusammenführung und Eheschließungen. Das wird die nationale Substanz wahren helfen.
2. Ausbau der kulturellen und sportlichen Beziehungen sowie des Handels. Projekte industrieller Kooperation und ein Austausch von Erfahrungen im Bereich der wirtschaftlichen und technischen Forschung müssen gefördert werden.

Um diese Ziele zu erreichen, werden wir nötigenfalls auch finanzielle Mittel einsetzen. Niemand kann im Ernst behaupten, daß wir zwar für unsere Bündnis-, Europa- oder Entwicklungspolitik unsere finanzielle Leistungskraft einsetzen müssen, für unsere Deutschlandpolitik aber nicht.

3. Stärkung der Bindungen Berlins an den Bund; vor allem durch Verbesserung der Verkehrswege. West-Berlin muß größte deutsche Industriestadt bleiben und als kultureller und wissenschaftlicher Anziehungspunkt weiter ausgebaut werden.

10. Weiterarbeiten am Modell Deutschland

Unsere Leistungen nach 1969 bis 1976 machen klar, nach welchem Modell es in Deutschland weitergehen soll. Wir haben unsere Grundsätze, unsere Leistungen und unsere Perspektiven für die Zukunft in diesem Regierungsprogramm dargelegt. Am 3. Oktober hat der Bürger das Wort.

Er entscheidet über die Personen und Parteien, die in den nächsten Jahren Verantwortung tragen. Und er entscheidet auch darüber, welche Grundeinstellungen das politische Handeln in unserem Land prägen sollen.

Bei den zur Wahl stehenden Personen und Parteien gibt es sehr deutliche Unterschiede in den Grundhaltungen und Grundwerten. Wir Sozialdemokraten stehen ein für

- Freiheit und Demokratie
- Gerechtigkeit und Solidarität
- Frieden und sozialen Ausgleich.

Aus Überzeugung hat das soziale Element bei uns ein größeres Gewicht als in jeder anderen Partei. Die sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt haben danach gehandelt und unser Land vorangebracht. Sie garantieren das auch für die Zukunft.

Mit Helmut Schmidt haben wir einen erfahrenen, sachkundigen und international angesehenen Staatsmann an der Spitze. Er genießt überall großes Vertrauen; sein Rat wird in der Welt gehört.

In den vergangenen sieben Jahren hat die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung viel erreicht. Die Koalition zwischen SPD und FDP hat sich für unsere Bürger gelohnt. Bei allen Unterschieden, die es zwischen uns und der FDP gibt: Wir sind bereit, diese Koalition fortzusetzen.

Für uns Sozialdemokraten sind Koalitionen nicht dazu da, die politische Macht um ihrer selbst willen zu haben. Für uns kommt es darauf an, Verbesserungen für die Menschen durchzusetzen.

Wir arbeiten für unsere Ziele mit allen jenen politischen Kräften zusammen,

- die bereit sind, Vollbeschäftigung und zukunftssichere Arbeitsplätze mit uns zu verwirklichen,
- die bereit sind, mit uns das soziale Netz zu sichern und auszubauen,
- die bereit sind, mit uns beharrlich an Reformen weiterzuarbeiten,
- die bereit sind, mit uns den Rechtsstaat zu sichern und seine Liberalität zu bewahren,

● die bereit sind, mit uns das Werk der Verständigung und aktiven Friedenssicherung fortzuführen.

Wir Sozialdemokraten werden in der Bundesrepublik Deutschland mit jenen demokratischen Kräften zusammenarbeiten, die eine Politik für die breiten Schichten unseres Volkes wollen und möglich machen. Mit reaktionären Kräften kann es für uns ebensowenig eine Zusammenarbeit geben wie mit Kommunisten.

Die deutsche Geschichte hat gezeigt, daß allein eine an Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientierte Politik Frieden und soziale Sicherheit für die Mehrheit unserer Bürger gewährleisten kann. Dies haben auch die Kräfte des sozialen Liberalismus und der christlichen Soziallehre erkannt.

Wir haben ein Deutschland geschaffen, auf das viele mit Recht stolz sind und das in West und Ost Respekt genießt.

Freiheit und Solidarität nach innen für den einzelnen Bürger und Freiheit und Solidarität als Partner nach außen: das ist der Kern unseres Konzepts im Übergang für die 80er Jahre.

Seinen hohen Rang verdankt unser Land der Leistung und dem Gestaltungswillen seiner Bürger. Diesen hohen Rang verdankt unser Land unserer erfolgreichen Verständigungspolitik, unserer außerordentlich hohen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, unserem dicht geknüpften Netz der sozialen Sicherheit, unserer Politik stetiger Reformen – und der Tatsache, daß wir Ernst gemacht haben mit innergesellschaftlicher Solidarität und mit wirklicher Freiheit für den einzelnen Menschen!

Deshalb nehmen wir einen Spitzenplatz in Europa und in der Welt ein. Das soll so bleiben.

Wir fühlen uns nicht als „Nabel der Welt“, wir wehren uns gegen jede Form nationalistischer Überheblichkeit. Aber wir freuen uns über das wachsende Interesse und die wachsende Bewunderung vieler Ausländer für die Erfolge unseres Landes.

Wir wissen: Millionen von Menschen wären glücklich, wenn sie unter den materiellen Bedingungen unserer Republik und mit diesem Maß an persönlicher Freiheit und sozialer Sicherheit leben könnten, das wir für selbstverständlich halten.

Wir wissen aber auch, daß noch vieles zu tun bleibt, um unseren Platz zu sichern und auszubauen.

Gerade angesichts einer weltweit schwierigen Lage und angesichts einer Opposition, die weder den Mann noch das Konzept hat, um die Aufgaben zu meistern, ist es wichtig, daß Bundeskanzler Helmut Schmidt weiter an der Spitze unserer Regierung für uns arbeitet. Um den erneuten Beweis des Vertrauens, um einen starken Rückhalt für Helmut Schmidts Politik bitten wir Sozialdemokraten bei der Wahl am 3. Oktober.

Sachregister

(aus den Seiten 13–51)

- Abfallbeseitigungsgesetz** 32
Abzahlungsgeschäfte, Rücktrittsrecht von 32
Adoptionsrecht 28
Agrarpolitik, europ. 44
Agrarsozialpolitik 23
Agrarstruktur 17
Alte Menschen 26
Althaus-Modernisierung 31
Arabische Staaten 44, 48
Arbeit, Recht auf 13
Arbeitnehmer-Nettoeinkommen 14
Arbeitskämpfe 16
Arbeitslosengeld 22
Arbeitslosigkeit 15
Arbeits sicherheitsgesetz 30
Arbeitsstättenverordnung 30
Arbeitsunfälle 30
Arzneimittelgesetz 30
Ausbildung 19, 29, 32 f.
Ausbildungsförderung 29
Ausbildungsplatzförderungsgesetz 33
- Behinderte** 24
Benzin-Blei-Gesetz 32
Berlin 41, 46, 49 ff.
Berufsbildung 19, 29
Berufsschulen 33
Betriebsverfassungsgesetz 22
Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital 27
Betriebsrenten 22
Bildungsausgaben 29
Bildungspolitik 29, 32, 41
Bruttosozialprodukt 14
Bundesausbildungsförderungsgesetz 29, 41
Bundesbahn 37, 41
Bundesbaugesetz 35
Bundesfernstraßenbau 37
Bundeshaushalt 41
Bundesimmissionsschutzgesetz 32
Bundeskriminalamt 39
Bundesraumordnungsprogramm 17
Bundeswehr 41, 47
- DDR** 46, 49
Deutschlandpolitik 49 ff.
Dritte Welt 44
- EFTA** 44
Ehepaare, junge 26
Ehe- und Familienrechtsreform 25, 28
Eigentumsbildung 30
Energieprogramm 16
Entspannungspolitik 45 ff.
Entwicklungsländer 47, 49
ERP-Kredite 17
Europäische Gemeinschaft 41, 43
Europäisches Parlament 44
Europapolitik 43 ff.
- Familie** 26
Familienzusammenführung 51
Finanzpolitik 41
Finanzreform 42
Flexible Altersgrenze 22
Fluglärmgesetz 32
Forschung 20, 29, 41
- Forschungsförderung** 17 f.
Frauen 23, 25 f.
Friedenssicherung 45 ff.
Funk und Fernsehen 37
- Geiselnahme** 39
Gemeinschaftsaufgabe „reg. Wirtschaftsstruktur“ 17
Gesundheitsabkommen 51
Gesundheitspolitik, -wesen, -system 27, 30, 35 f.
Gewerbesteuer 22
Griechenland 44, 45
Grundlagenvertrag 49, 51
- Haushaltshilfe** 23
Haushaltsstrukturgesetz 42
Heimgesetz 24
Hochschulbau 29
Hochschulen 33 f.
Hochschulrahmengesetz 29
Humanisierung der Arbeitswelt 18, 20, 21 f., 30
- Innere Sicherheit** 38 ff.
Investitionsrücklagen 19
Israel 44, 48
- Jugendarbeitsschutzgesetz** 22
Jugendhilferecht 26
Jugendvertreter 23
Junge Ehepaare, Hilfe für 26
Justiz 38
- Kernwaffen, Nichtverbreitung von** 48
Kindergartenplätze 29
Kindergeld 23, 41
Kirchen 26
Klein- und Mittelbetriebe 17, 20, 22
Kohleabsatz 16
Kommunikationssysteme 37
Konkursausfallgeld 22
Konjunkturpolitik 18 f.
Konjunkturrücklagen 41
Krankenhausplanung 34
Krankenhausfinanzierungsgesetz 30
Krankenversicherung 22, 25, 35
Krebsvorsorge 30
Kriegsopferrenten 24
Kriminalität 39
KSZE-Konferenz 46, 48
Künstler 26
Küstenschutz 17
Kurzarbeitergeld 22
- Landabgaberenten** 23
Ländlicher Raum 34 f.
Landwirte 23
Landwirtschaftliche Altersgelder 23
Landwirtschaftliche Sozialpolitik 41
Lebensmittelrecht 32
Lebensstandard 14
Lehrer- und Hochschullehrerzahl 29
Leistungsdruck 34
Löhne und Gehälter 14
Lohnfortzahlungen 22
- MBFR** 48
Mehrwertsteuer 43
Mietrecht 31
Ministerpräsidentenbeschuß 40
Mitbestimmung 22
Mittelstand 20
Modernisierung der Volkswirtschaft 20

Nahost-Konflikt 48
Namensrecht 28
Naturschutz 27
NATO 47, 48
Nettoeinkommen der Arbeitnehmer 14
Nettokreditaufnahme 41
Neubauwohnungen 30
Numerus clausus 34

Öffentlicher Dienst 20, 36, 40
Öffentlicher Personennahverkehr 31, 37
Opfer von Gewalttaten, Hilfe für 39
Ostblockstaaten, Export in 47
Ostpolitik 45 ff.

Personalvertretungsgesetz 22
Planungswertausgleich 35
Polen 46
Polizei 38
Portugal 44, 45
Preisstabilität 14
Privatisierung staatlicher Leistungen 36 f.

Recht 28, 38 ff.
Recht auf Arbeit 13
Rechtsstaat 38 ff.
Reformen 27 ff.
Rehabilitation 24
Renten 22, 23, 24, 26

Schriftsteller 26
Schulwesen 28, 32
Schwerbehindertengesetz 24
Selbständige 9, 22
Selbstbestimmung, Recht auf 46
Sozialhilferecht 24
Sozialarbeit 26
Sozialstaat 20 ff.
Spanien 45
Sparförderung, 624-DM-Gesetz 22, 41
Spareinlagen, Schutz für 32
Sportförderung 31, 37
Staat 36
Städtebauförderungsgesetz 27, 31
Städtebaupolitik 34 f.
Steurgerechtigkeit 42
Steuerpolitik 40
Steuerreform 22, 42
Strafvollzugsreform 28, 39
Straßenbau 37

Strukturpolitik 17, 20
Studienplätze 29
Studienreform 33
Subventionen 20

Tendenzwende 27
Terrorismusbekämpfung 39
Transitabkommen 50

UdSSR 48, 49
Überbetriebliche Ausbildung 29
Umweltschutz 27, 32, 37
Umweltstrafrecht 39
Unfallversicherung 23
UNO-Beitritt 46
Unterhaltsleistungen 26
Unternehmen, kleine und mittlere 17, 20, 22
USA 46, 48

Verbraucher 31
Verbraucherpreise 14
Verkehrspolitik 37
Verkehrsvereinbarungen 51
Verkehrsvertrag 50
Verlustrücktrag 23
Vermögensbildung für Arbeitnehmer 22
Vermögenspolitik 27
Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden 15
Verständigung 45 ff.
Verteilungspolitik 27
Versorgungsausgleich 25
Verwaltung 36
Viermächteabkommen 50
Volljährigkeitsalter 28
Vorausschauende Industriepolitik 20
Vorsorgeuntersuchungen 30

Währungsreserven 16
Währungsverbund 44
Waschmittelgesetz 32
Wehrpflicht 47
Westpolitik 45 ff.
Wettbewerbsgesetz 32
Wirtschaftskriminalität 39
Wirtschafts- und Währungsordnung 49
Wohnbesitzbrief 30
Wohlfahrtsverbände 26
Wohngeld 23, 27, 31, 41
Wohnungsbau 26, 34, 41
Wohnungseigentum 35
Wohnungs- und Städtebaupolitik 27, 30 f.